

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 04, Juli 2006 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Saftige Erhöhung der Politiker-Einkommen

Monatlich bis zu 500 Euro mehr bekommen Politiker nach der Erhöhung ihrer Einkommen mit 1. Juli dieses Jahres. Viele Menschen haben für einen ganzen Monat nicht so viel zu Verfügung, wie die Gehaltserhöhung bei Politikern ausmacht. Der Unmut der Bevölkerung ist zu Recht groß.

Seite 9



Das runde Leder hält nicht nur die Stars in Deutschland auf Trab, sondern auch den „FC Grüner Stern“. Der Fußball-Klub mit rund 50 Kindern, die sonst keine Gelegenheit zum Kicken hätten, wird vom Sozialamt gemanagt und wird auch von Sturm Graz unterstützt. **Wir wünschen den Nachwuchs-Kickern und allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer.**

Neues Altstadtgesetz:
Endlich Hürden für Spekulanten

Nahverkehrsabgabe:
Neue Hoffnung für öffentlichen Verkehr

Urlaub in Graz:
Ausflugsziele für die ganze Familie

Graz braucht mehr
Gemeindewohnungen.
Packen wir's an!

www.kpoe-graz.at

ELKE KAHR

KPO

*aufrichtig
sozial
unverwechselbar*



Nationalratswahl 2006

KPÖ tritt an



Mit einer offenen Liste zieht die steirische KPÖ in den Nationalratswahlkampf. Spitzenkandidat ist Franz Stephan Parteder.

Parteder: „Das Beispiel von Ernest Kaltenegger, Elke Kahr und der anderen KPÖ-MandatarInnen, die einen Großteil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke verwenden, zeigt, dass Politik in Österreich etwas anderes sein kann als die Selbstbedienung von Funktionären.“

Geben statt nehmen bedeutet aber auch gesellschaftliche Umverteilung. Deshalb treten wir für eine Kürzung der Politgehälter ein, wie sie die KPÖ im Landtag vorschlägt. Und wir fordern unter dem Titel „Millionärsteuer“ eine Besteuerung des Geldvermögens der superreichen Oberschicht mit nur fünf Prozent Vermögenssteuer. Dies ergäbe jährliche Steuereinnahmen von rund sechs Milliarden Euro.“



NEUES STADTBUDGET: WENIGER LEISTUNG

Sparen auf Kosten der

Von ÖVP und SPÖ beschlossenes Eckwert-Budget bringt massive Verschlechterungen für die Grazer, befürchtet die KPÖ. Undemokratischer geht es nicht: KPÖ-Stadträtinnen waren von Budget-Beratungen ausgeschlossen!

Die Grazer Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis sind über die bevorstehenden Kürzungen in der Stadt alles andere als erfreut. Die so genannten „Eckwerte“ für die Jahre 2007 bis 2009 wurden von SPÖ und ÖVP im Gemeinderat durchgedrückt; KPÖ, Grüne und FPÖ stimmten dagegen.

„Diese Kürzungen sind unakzeptabel“, so Elke Kahr, „denn sie würden die kommunalen Leistungen noch mehr als bisher beeinträchtigen. Die Bevölkerung spürt bereits die bisherigen Kürzungen sehr deutlich. Mit den zusätzlichen Einsparungen würde noch weiterer

Schaden an der städtischen Infrastruktur entstehen“.

Neben Einsparungen bei den Fixkosten der Stadt stehen auch starke Einschränkungen bei Projekten ins Haus. „Wir würden nicht

einmal mehr für Wohnungs-sanierungen, die sich mittelfristig selbst finanzieren, die notwendigen Mittel erhalten. Gleichzeitig würden die Werte der Liegenschaften sinken“, sagt Wohnungs-Stadträtin Kahr. Außerdem ist trotz des steigenden Bedarfs an Gemeindewohnungen nichts für Grundstücksankäufe vorgesehen.

Die Stadträtinnen Kahr und Monogioudis kritisierten auch, dass sie als Ressort-zuständige nicht in die Entscheidungen eingebunden waren. Beiden Stadträtinnen wurden die Pläne zum Eckwert-Budget erst kurz vor der Beschlussfassung verraten. „Diese Vorgangsweise ist höchst fragwürdig“, ärgert sich Monogioudis. „Die KPÖ wird dieses einseitige Vorgehen aushalten. Aber die Menschen sollen wissen, dass ÖVP und SPÖ im Rat-

ECKWERT-BUDGET:

Die Eckwerte sind jene Geldmittel inklusive Personalkosten, welche nach Abzug der von den Ressorts nicht beeinflussbaren Kosten für die Bewältigung der Aufgaben zur Verfügung stehen. Diese Mittel sollen bis zum Jahr 2009 in Summe um 18% verringert werden! Man muss also mit massiven Verschlechterungen für die Grazer rechnen.





Durch das neue Budget kommen auf die Grazerinnen und Grazer massive Einbußen zu, meint die KPÖ. Es gibt leider zu wenig Geld für dringend benötigte neue Gemeindebauten oder die Renovierung der vorhandenen. Es gibt auch zu wenig Mittel für Leistungen der Wirtschaftsbetriebe: wie für den Straßendienst oder die schönen Blumenbeete in Graz...



FÜR GRAZER

Bürger von Graz

haus Diskussionsverweigerer gegenüber der KPÖ sind, weil sie nicht mit einer Kritik an ihrer Finanzpolitik konfrontiert werden wollen“, ergänzt KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann.

Keine Lösung

„Es wundert mich, dass der Finanzstadtrat so tut, als würde dieser Sparkurs die Finanzsituation der Stadt retten. Alle wissen, dass die Einnahmen vergrößert werden müssen“, so Monogioudis weiter. Die finanzielle Misere liegt in erster Linie in der neoliberalen Budgetpolitik des Bundes, der – im Einklang mit den EU-Richtlinien – die Städte aushungert. Erforderlich ist eine Hilfe für Graz und eine Anpassung des Finanzausgleichs an die tatsächlichen Erfordernissen. „Wir warten seit Jahren auf ein energisches Auftreten

der Politiker der Mehrheitsparteien gegenüber ihren Parteifreunden in Bund und Land“, pocht Elke Kahr.

Alle gegen die KPÖ

Wenn schon sparen, dann muss auch die Politik ihren Beitrag leisten! Seit Jahren fordert die KPÖ eine Verkleinerung des Stadtsenates von neun auf sieben Mitglieder. Schon 1998 hat Ernest Kaltenegger darauf gedrängt, dass die Politik beim Sparen bei sich selbst beginnt und die Anzahl der Stadtreger von 9 auf 7 reduzieren soll – obwohl es damals gerade die KPÖ getroffen hätte. ÖVP, SPÖ und Grüne stemmen sich allerdings vehement gegen das Sparen bei den Politikern; die Hoffnung auf einen Stadtrats-Sessel wollen sich viele nicht nehmen lassen...

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Neuer Sozialratgeber mit Rat und Hilfe



foto furgler

Mehr als 625 Menschen haben seit November 2005 in meinem Büro Rat und Hilfe gesucht. 230 von ihnen konnte auch materiell – mit insgesamt 25.908 Euro – geholfen werden. Die Arbeit als Stadträtin bedeutet viel mehr als die Teilnahme an Sitzungen und das Unterschreiben von Akten. Ohne den direkten Kontakt mit Menschen, denen es nicht so gut geht, ist nämlich immer die Gefahr gegeben, dass man vergisst, welche Sorgen und Probleme Tag für Tag auftreten.

Fast jeder Mensch braucht im Leben einmal, mehrmals oder dauerhaft Sozialleistungen der öffentlichen Hand. Das kann sehr plötzlich eintreten: Krankheit, Tod in der Familie, Arbeitsplatz- und Wohnungsverlust verändern die persönliche Situation auf dramatische Weise.

Viele Menschen wissen dann über ihre Ansprüche nicht Bescheid. Der bürokratische Irrgarten hält manche von ihnen ab, sich um Leistungen zu kümmern, die ihnen zustehen.

Deshalb haben wir einen Sozialratgeber zusammengestellt. Dieser bietet einen umfangreichen Überblick über all jene Leistungen, die Menschen mit geringem Einkommen oder anderen Problemen in Anspruch nehmen können. Er soll helfen, sich besser in einem Umfeld zurechtzufinden, das oft undurchschaubar und abweisend erscheint.

Auch diese Information gehört zu unserem Motto „Helfen statt reden“.

Gleichzeitig sehe ich, dass die sozialen Probleme immer stärker werden, während die Stadt im Budget Einschnitte auf allen Ebenen plant. Ohne eine Wende in der Politik werden wir die großen Probleme in unserer Stadt aber nicht lösen können. Wenn die Millionäre und Manager immer reicher werden, während man bei den einfachen Menschen spart, dann stimmt etwas nicht.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 2060,
stadtraetin.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Weniger Regierungssitze stoßen Schwarz und Rot sauer auf. Klar, da könnt man ja einen verdienten Freund weniger versorgen...

INHALT

Jahrhundertflop 2003	4
Wohnen am Kasernengrund	5
Teure Grazer Freibäder	6
Neues Altstadtgesetz	6
Politiker cashen ab	9
Zukunft des öffentlichen Verkehrs	10
Gefahr für Wohnbauförderung	11
Rechnungshof kritisiert Großmannsucht der Stadt	12/13
Gefahr durch Handy & Co	14
Armes Stadtmuseum	15
Grazer Ausflugsziele	16/17
Aus den Bezirken	18/19
Steuern für Fußball?	24

ABENTEUERSPIELPLATZ KALKLEITEN Königliches Schaukeln

Noch ist der neue Spielplatz in Kalkleiten ein Geheimtipp für „Königinnen“ und andere Abenteuerlustige. Das dürfte sich aber bald ändern.

Inmitten von Wiesen und Wäldern errichteten die Grazer Wirtschaftsbetriebe in Kalkleiten einen neuen Spielplatz. Stadträtin Wilfriede Monogioudis testete mit junger Begleitung die Abenteuer-Spielgeräte und stellte dabei erfreut fest, dass bereits zahlreiche Familien dieses Areal für sich entdeckt haben: „Die Erfahrungen der ersten Tage zeigen, dass die Abenteuer-Spielgeräte und die Feuerstelle viele aus Graz anlocken.“

Gerhard Pilz und Martin Nigitz – die beiden „Spielplatz-Häuptlinge“ der Grazer Wirtschaftsbetriebe – haben

mit einem neuartigen Angebot auf diesem städtischen Grundstück ein attraktives Ausflugsziel geschaffen. So können Kinder ihre Talente in einem Hochseilgarten trainieren, junge Leute sich in der „Königinnen-Schaukel“ wiegen und die Erwachsenen in der Feuerstelle Würstel grillen. Sportliche finden in der Umgebung zahlreiche Wander- und Bike-Strecken.

Der Spielplatz eignet sich für kurze Abstecher ins Grüne und für Sonntagsausflüge. Wer im Grazer Norden nach dem „Höchwirt“ drei Kilometer weiter fährt, findet das Areal in Stattegg/Kalkleiten.



Die „Spielplatz-Häuptlinge“ mit KPÖ-Stadträtin W. Monogioudis



So kommen Sie hin: Andritzer Reichsstraße, weiter über die Rade-gunderstraße bis Neustift. Links über die Brücke in die Weinitzenstraße, weiter über die Schöckelstraße Richtung „Höchwirt“. Circa 3 Kilometer dahinter liegt Kalkleiten. GVB: Mit der Buslinie 47 ab Andritz.

AUSSER SPESEN NICHTS GEWESEN 2003: Der Jahrhundert-Flop?

Finanzstadtrat Wolfgang Riedler hielt sich unlängst nicht mit Kritik an der Kulturhauptstadt 2003 nicht gerade zurück. Die KPÖ warnte immer wieder und sieht sich nun bestätigt.

Nehmen wir an, jemand fragt, ob Graz noch einmal Kulturhauptstadt sein will. Dann würde ich dringend davor warnen“, wurde der Grazer SPÖ-Finanzstadtrat Wolfgang Riedler unlängst zitiert. Während Graz-Tourismus-Chef Dieter Hardt-Stremayr erklärt, dass der Stadttourismus noch immer vom Kulturhauptstadtjahr zehre, meint Riedler, dass das Großprojekt den Stadtfinanzen nicht viel gebracht habe. Im Gegenteil, die Stadt muss noch lange tief für das 03-Projekt in die Tasche greifen.

„Die Kritik von Finanzstadtrat Riedler an den hohen Folgekosten bestätigt im Nachhinein die kritische Haltung der Grazer KPÖ in dieser

Frage. Sie kommt aber viel zu spät“, so die KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

Millionen verpulvert

„Vor 2003 hat man uns als Neinsager und Kulturbanauen heruntergemacht. Jetzt stellt sich heraus, dass wir seriöse Prognosen angestellt haben. Allein die jährlichen Kosten von 4,3 Millionen Euro für das Kunsthaus und die 10.000 Euro, welche die Stadt Graz pro Jahr für die Murinsel an die Republik Österreich zahlen muss, beweisen das“, denkt die Wohnungstadträtin an die Warnungen der KPÖ zurück.

18,8 Millionen Euro war der Beitrag der Stadt für die 2003-GmbH, die für das Programm verantwortlich zeich-

nete. Viele weitere Millionen gingen in Projekte wie die „Gespiegelte Stadt“, den Marienlift oder das Kunsthaus, das es ohne Kulturhauptstadt wohl nicht gegeben hätte.

Die Grazer KPÖ betont, dass die Stadtpolitiker von ÖVP, SPÖ und FPÖ im Vorfeld der Kulturhauptstadt 2003 sehenden Auges die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass die finanziellen Probleme der Stadt nun derart enorm sind. „Jetzt wollen die Verschwen-der als Sparmeister auftreten und wollen durch den Verkauf von städtischem Eigentum die Budgetlöcher stopfen. Ihre Verantwortung können sie aber damit nicht zum Verschwinden bringen“, sagt die KPÖ-Stadträtin.



Das Kunsthaus kostet die Stadt 4,3 Millionen Euro pro Jahr, die Murinsel „nur“ 10.000.



KASERNENGRUNDSTÜCKE FÜR SOZIALEN WOHNBAU

Mehr als 5000 haben unterschrieben

Die KPÖ-Aktion für neue Gemeindewohnungen auf den Grundstücken jener Kasernen, die aufgelassen werden, geht in die Endphase.

Mehr als 5000 Unterstützungserklärungen für die Petition „Gemeindewohnungen auf Kasernengrund“ sind bei der Grazer KPÖ eingelangt. Die Petition an den Nationalrat, deren Erstunterzeichnerin die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr ist, fordert den Bund auf, Kasernengrundstücke den Gemeinden – so auch der Stadt Graz – günstig zur Verfügung zu stellen.

Elke Kahr: „Es ist wichtig, dass sich viele mit dieser Initiative solidarisieren. Der

Bedarf an erschwinglichen Gemeindewohnungen steigt. Immer mehr Menschen können sich die steigenden Kosten auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht leisten. Voraussetzung für das Bauen sind gewidmete Baugründe. Vor allem in größeren Gemeinden wird das Bauland knapp. Das treibt die Kosten in die Höhe.

Mit den geplanten Verkäufen der Kasernengrundstücke könnten Teile davon für die Errichtung von Ge-



meindewohnungen gesichert werden. Der Bund ist hier aufgefordert, seinem sozialen Auftrag nachzukommen und den Gemeinden geeignete Grundstücke zur Verfügung zu stellen“.

Die Aktion geht nun in die heiße Endphase. Unter-

schriftenlisten gibt es in der Grazer KPÖ-Bezirksleitung, Lagergasse 98, im KPÖ-Gemeinderatsklub im Rathaus und im Internet unter www.kpoe-graz.at. Eine derartige Petition an den Nationalrat kann österreichweit unterzeichnet werden.

Die Unterzeichnenden richten gemäß Art. 11 StGG an den Nationalrat folgende

PETITION

Der Bund wird ersucht, den Gemeinden – so auch der Stadt Graz – Kasernengrundstücke zu günstigen Bedingungen und zum Zwecke des Baus von Gemeindewohnungen zu überlassen.

Name	Geburtsdatum	Datum der Unterzeichnung
Anschrift (eingetragen in Wählerevidenz)		Unterschrift
Name	Geburtsdatum	Datum der Unterzeichnung
Anschrift (eingetragen in Wählerevidenz)		Unterschrift
Name	Geburtsdatum	Datum der Unterzeichnung
Anschrift (eingetragen in Wählerevidenz)		Unterschrift

Erstunterzeichnerin: Stadträtin Elke Kahr, Babenbergerstraße 1, 8020 Graz, geb. 2.11.1961

Graz, am 20. 2. 2006

Elke Kahr

Diese Petition ist eine Initiative der Grazer KPÖ.

Kontaktadresse und Informationen: KPÖ-Graz, Lagergasse 98 a, 8020 Graz. Telefon (0316) 71 24 79, Web www.kpoe-graz.at, Mail: manfred.eber@kpoe-graz.at, Unterstützungserklärungen bitte an obenstehende Adresse senden oder bei den Aktivist/inn/en der KPÖ abgeben.





Bild mit Wehmut: Das beliebte Pammerbad ist seit 2005 geschlossen, weil die einst vom damaligen Finanzstadtrat und heutigen Bürgermeister Siegfried Nagl zugesagte Unterstützung ausblieb.

BÄDERSCHWUND

Die Grazer Bäder sind zu teuer

Ernüchterung bringt der Städtevergleich Graz – Wien. In der Bundeshauptstadt ist Baden viel billiger.

Wasserratten in Graz haben es zwar angesichts der Badetemperaturen gut. Was die Preise und das Angebot angeht, schaut es in Graz allerdings nicht so rosig aus, meint KPÖ-Mandatarin Kirsten Felbinger. Sie ortet zu wenig Bäder und zu hohe Preise in den städtischen Bädern. Die KPÖ macht sich in der nächsten Gemeinderatssitzung einmal mehr für günstigere Eintrittspreise für städtische Bäder stark.

Schon 2005 fragte Wohnungstadträtin Elke Kahr Bürgermeister Siegfried Nagl nach familienfreundlicheren Eintrittspreisen. In Graz

zahlen zwei Erwachsene mit zwei Kindern 13 Euro für die Tageskarte, während man in Wien dafür nur neun Euro locker machen muss. Ein Erwachsener legt in städtischen Bädern 5,50 Euro hin, in Wien reichen vier Euro. Felbinger drängt auch heuer auf eine Senkung der Tarife: „Die Preispolitik der Freizeitbetriebe der Grazer Stadtwerke führt dazu, dass für viele Familien mit Kindern ein Badetag in unseren städtischen Schwimmbädern schon bald zum Luxus wird. Im Stukitzbad kassiert man sogar fürs Trampolinspringen extra.“

Freizeitbetriebe-Chef Michael Krainer dazu: „Die Bäder in anderen Gemeinden Österreichs werden massiv subventioniert.“ Sein Tip: „Streng genommen badet 2006 jeder Gast gratis, denn es gibt 10-Euro-Gutscheine bei K&Ö für Tages- und Saisonkarten.“

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 oder email: stadtblatt@kpoe-graz.at

KPÖ-Gemeinderätin Kirsten Felbinger: Für sommerfreundlichere Eintrittspreise in Grazer Bädern!



KPÖ FREUT SICH, VP UND SP BREMSEN

Hürden für Spekulanten in Altstadt

Spekulanten werden es künftig in der Altstadt schwerer haben: KPÖ freut sich über neues Altstadterhaltungsgesetz, das VP und SP nun zu streng ist.

Der Entwurf für das neue Altstadterhaltungsgesetz liegt auf dem Tisch und soll noch im Sommer beschlossen werden. Die KPÖ freut sich, pochte doch Ernest Kaltenegger auf ein schärferes Gesetz, als das denkmalgeschützte Kommod-Haus in der Einspinnergasse dem Boden gleich gemacht wurde. „Wir haben in der Innenstadt viele vorbildliche Hauseigentümer, aber auch einige, die zwar gerne vom Flair der Altstadt reden, selbst aber keinerlei Einschränkungen der Bautätigkeit akzeptieren. Wenn es nach diesen Personen ginge, hätten wir bald nur noch ein Altstadt-Disneyland“, sagt der KPÖ-Klubchef.

Das neue Gesetz ist strenger. Abgerissen wird frühestens eine Woche nach Erhalt des Abbruchbescheides – und das nur, wenn der neue Altstadtanwalt, der neben der Altstadt-Sachverständigenkommission über die historische Substanz wachen soll,

keinen Einspruch erhebt.

Gerade dieser Anwalt ist der Grazer ÖVP und SPÖ ein Dorn im Auge. Er kann ein Veto einlegen, bis das Höchstgericht entschieden hat. Für die ÖVP verzögert das die Verfahren um Monate und gefährdet den Wirtschaftsstandort.

Obwohl der vorliegende Gesetzesentwurf den Abriss von geschützten Objekten wesentlich erschwert, gibt es ein Schlupfloch für Kommod-Haus-Vorgänge. Die KPÖ hat eine Neufassung vorgelegt, die diese Gesetzeslücke schließen kann.

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch regt an, neben der „baukünstlerischen Qualität“ auch auf angemessene Proportionen zu achten; im Einklang mit der Bürgerinitiative Schützenhofgasse, die darauf drängt, dass die Höhe von Neubauten in der Altstadt der Umgebung angepasst sein soll.

Ernest Kaltenegger und KPÖ-Wohnungstadträtin Elke Kahr drängen auf einen Beschluss in der letzten Landtagssitzung vor der Sommerpause am 4. Juli: „Jeder Monat ohne das neue Gesetz bietet Spekulanten die Möglichkeit, die Lücken des alten Altstadterhaltungsgesetzes weiter auszunützen!“

ALTSTADTSCHUTZ

Das neue Gesetz geht strenger mit Spekulanten um. Nicht nur Häuser, sondern auch Parks oder Höfe sollen geschützt werden. Bei Verstößen drohen höhere Strafen. Ein Altstadtanwalt soll über das historische Erbe wachen.



Der Auslöser: Abriss des denkmalgeschützten Kommod-Hauses sorgte 2003 für Sturm der Entrüstung

Endgültiges Aus für zwei Schulen mit Tradition

Die letzten Schultage sind für die Schüler der Volksschulen Ries und Wieland angebrochen – beide schließen mit Ende des Sommersemesters ihre Pforten. „Die Riesschule ist 100 Jahre alt. Sie hat zwei Weltkriege und viel schlechtere Zeiten als heute überlebt – nur nicht die aktuelle ÖVP/SPÖ-Stadtregierung“, trauert KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch beiden Schulen nach.

Besonder skeptisch macht bei der Schließung der VS Ries das Gerücht, dass ein privater Schulbetreiber dort durchaus einen Bedarf sieht, während die Stadt zu hohe Kosten für zu wenig Kinder ortete.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Parken für Hebammen

Für eine Parkgebührenbefreiung für Hebammen macht sich **Ina Bergmann** stark. Die KPÖ-Gemeinderätin kritisiert die neue Parkgebühren-Verordnung, die zwar eine Gebührenbefreiung für Personen im mobilen Pflegedienst vorsieht, nicht jedoch für die rund 25 Hebammen der Stadt, von denen jede zu bis zu 80 Entbindungen pro Jahr vor Ort betreut. Auf die Entbindung folgen sechs Termine für die Nachbetreuung jeder Mutter, die wiederum Autofahrten notwendig machen. Auch bisher waren die Hebammen parkgebührenbefreit.

Ungerecht

An Tagen, die extrem mit Feinstaub belastet sind, gibt es kostenlose GVB-Freifahrt-Gutscheine für notorische Autolenker. Viele Zeitkartenbenutzer, die dauerhaft zu weniger Abgasen in der Luft beitragen, fühlen sich



dadurch gefoppt. In ihrem Sinne versucht KPÖ-Mandatar **Hubert Reiter**, eine Gutschrift für die Zeitkarte entsprechend den starken Feinstaubtagen durchzusetzen – etwa durch das entsprechende Verlängern der Gültigkeit.

Integrationsstelle besetzen

Für das Aufwerten der städtischen Integrationsstel-

le setzt sich **Ulrike Taberhofer** ein. Sie pocht darauf, dass endlich eine zweite Person in der Integrationsstelle die Arbeit aufnimmt. „Wenn die Integrationsreferentin Außentermine hat, ist das Büro unbesetzt. Es gibt nicht einmal telefonische Auskünfte“, kritisiert die KPÖ-Gemeinderätin und will die zweite Stelle für das Referat besetzt und die Büro-Infrastruktur verbessert wissen.

Leichter Lesen

Barrierefreie Zugänge für Menschen mit Behinderung sind leider immer noch nicht Standard. KPÖ-Mandatarin **Kirsten Felbinger** forderte für komplizierte Bescheide für Menschen mit geistigen Defiziten „barrierefrei“, einfach verständliche Versionen. Gemeinsam mit der ÖVP brachte Felbinger einen Dringlichkeitsantrag durch, wonach derartige Texte nun „barrierefrei“ und einfach geschrieben werden.

Gegen Schaltergebühr

Wie berichtet, hebt die Energie Graz seit 1. April eine Schaltergebühr von 1,50 Euro von jenen Grazern ein, die ihre Stromrechnung direkt bezahlen. Weil das viele vor allem ältere Menschen ärgert, appellierte **Christine Schönberg** an Bürgermeister Siegfried Nagl, dass er sich bei der Energie Graz für die Abschaffung dieser Gebühr einsetzt.

SPITZENREITER Immer mehr Millionäre in Österreich

Wie der neueste World Health Report berichtet, ist die Zahl der Dollar-Millionäre in Österreich rasant gestiegen. Die Liste ist um 4.400 auf mittlerweile 67.700 Personen gewachsen. Mit einem Zuwachs von 6,7 Prozent hat Österreich das restliche Europa dabei abgehängt. Weltweit gibt es rund 8,7 Millionen Dollar-Millionäre, das Vermögen wird auf rund 33,3 Billionen US-Dollar geschätzt. Viel zu vererben gibt es in den nächsten Jahrzehnten, so der Report, sind die meisten Millionäre doch in der 56-plus-Generation. Der Steirische Reichtumsbericht der KPÖ soll die heimischen Verhältnisse detaillierter beleuchten.

Politpensionen: Millionenkosten

3,7 Millionen Euro jährlich müssen die steirischen Steuerzahler für insgesamt 79 steirische Politpensionäre berappen. Sie kosten die Steuerzahler knapp 3,7 Millionen Euro jährlich.

Durchschnittlich bekommt also jeder davon rund 46.300 Euro im Jahr - oder in alter Währung knapp 650.000 Schilling.

Auch der frühere Grazer Bürgermeister Alexander Götz (FP), andere Stadtpolitiker oder deren Witwen erhalten noch immer sehr hohe

Politpensionen und belasten damit das angespannte Budget der Stadt Graz.

Auf Bundesebene ist die Belastung noch höher. Nach Angaben von Bundeskanzleramt und Parlamentsdirektion beziehen derzeit 502 Ex-Politiker Leistungen nach dem alten Bezügegesetz.

Kostenpunkt im Vorjahr: 26,4 Mio. Euro - also durchschnittlich 52.600 Euro pro Pensionist.

Die Politikerpension wurde bereits 1997 abgeschafft. Es gibt aber Ausnahmen. Einige Altpolitiker, die heute noch aktiv sind, können sich auf eine Politpension freuen. Darunter sind Bundeskanzler Schüssel (VP), Landeshauptmann Haider (SP) und auch der Grüne Peter Pilz.



73 73 82: Sozialratgeber der KPÖ Graz

Kennen Sie Ihre sozialen Rechte und Ansprüche? Ob Pflegegeld, Zuschüsse, Förderungen oder Ansprüche im Sozialbereich – was Sie schon immer wissen wollten, liegt nun im neuen Sozialratgeber der KPÖ gesammelt vor. Die informative Broschüre kann bei Wohnungsstadträtin Elke Kahr im Rathaus/2.

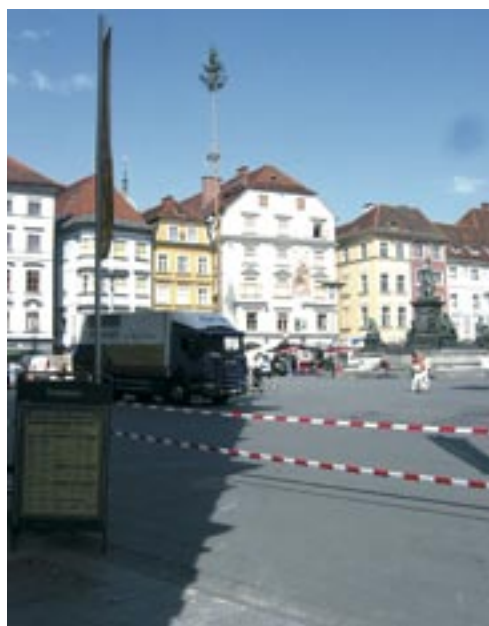
Stock oder bei KPÖ-Graz in der Lagergasse 98a bezogen werden.

Telefonische Anforderungen unter der Nummer 73 73 82 oder 872 2151 sind willkommen.

Im Internet kann unter www.kpoe-steiermark.at/25.32.0.0.1.0.phtml eine mit Hyperlinks versehene Version heruntergeladen werden.



Plätze für Zweiräder. Was waren das noch für Zeiten, als Zweiräder aller Art in der Schmiedgasse vor dem Rathaus beidseitig genug Abstellplätze fanden. Dann wurde über Nacht alles anders. Seit gut einem Jahr dürfen sich wieder unzählige Taxler in der Schlange langweilen, während Zweiradfahrer durch die Speichen schauen müssen.



Ein Hohn. Freche Pläne werden am Hauptplatz ventiliert. Nachdem sich 2003 die Standler vom Südteil verabschieden mussten, damit der Platz frei bleibt, dient er inzwischen nicht nur als Parkplatz: Er soll nach dem Wunsch mancher (schwarzer) Politiker schon bald als Gastgarten für ein Wiener Tortenhaus herhalten. Die Standler fühlen sich gefrotzelt, viele Grazer auch.



Gar nicht touristisch. Wer Infos zur Stadt und ihrer Umgebung sucht, ist bei Graz Tourismus in der Herrengasse bestens beraten - allerdings im Inneren und nicht in der Auslage. Denn anstatt dort die Stadt so perfekt in Szene zu setzen wie sonst üblich, wirbt man für das Schloß eines betuchten Antiquitätentändlers als Ort für Veranstaltungen.

NOCH MEHR ABKASSIEREN 2,3 Prozent mehr Geld in die Säckel der Politiker

Während die KPÖ weiter auf Bezüge Kürzungen für Politiker drängt, bekommen diese nun eine Finanzspritze. SPÖ und ÖVP verweigern die Diskussion über eine Kürzung der Bezüge für Politiker.

Politiker haben immer weniger mitzureden, wollen aber immer mehr kassieren", ärgert sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenecker. Er hat kein Verständnis für die Erhöhung der Politikerbezüge ab 1. Juli 2006. Die Erhöhung um 2,3 Prozent orientiert sich an der Inflationsrate für 2005, wie es das Bezügebegrenzungsgesetz 1997 fordert. Ausgangsbasis für die Berechnung ist der Bezug der Abgeordneten im Nationalrat.

Die KPÖ drängt auf geringere Bezüge. Allerdings wurde der Antrag der KPÖ auf Kürzung der Politikerbezüge um ein Drittel bereits zweimal nicht zur Behandlung im Landtag zugelassen. Die KPÖ fordert, dass sich Politikergehälter am Ausgleichszulagenrichtsatz orientieren. Wenn der höchste Politikerbezug

in der Steiermark auf das Fünzfache dieses Werts beschränkt wird, würden die Landespolitiker ungefähr ein Drittel weniger verdienen als bisher.

„SPÖ und ÖVP können sich dieser Diskussion nicht auf Dauer verweigern. Wer den weniger privilegierten Teilen der Bevölkerung eine Belastung nach der anderen verordnet, muss sich auch Kritik gefallen lassen. Durch die Auslagerung von Kompetenzen an die EU und durch Privatisierungen haben die Politiker immer weniger mitzureden. Trotzdem wollen sie immer mehr kassieren“, kritisiert Kaltenecker.

Die KPÖ-Mandatare verwenden den Großteil ihres Politeinkommens für Hilfe. 2005 gingen 87.000 Euro an in Not geratene Menschen.

Was Politiker ab 1. Juli verdienen

Funktion	monatl. Bezug
Bundespräsident	22.134 Euro
Bundeskanzler	19.762 Euro
Vizekanzler mit Ressort	17.391 Euro
Nationalratspräsident	16.601 Euro
Minister	15.810 Euro
Landeshauptmann Steiermark	15.020 Euro
Landeshauptmann Stv.-Stmk	14.229 Euro
Landesräte	13.439 Euro
Volksanwalt	12.648 Euro
Präsident des Landesschulrats	7.905 Euro
Nationalratsabgeordnete	7.905 Euro
Landtagsabgeordnete Steiermark	5.138 Euro
Bürgermeister Graz	12.242 Euro
Leiter Landesrechnungshof	8.300 Euro

Die steirischen Politikerbezüge werden nach dem Landes-Bezügegesetz geregelt und liegen dezent unter den mögliche Höchstgrenzen.

MEINUNG



Landtagsabgeordneter
Ernest Kaltenecker

Verkehrsverbundtarife: Kindesweglegung

Einen Fall von Kindesweglegung gibt es aus der steirischen Landespolitik zu melden: Niemand will für die mit Juli angekündigte Fahrpreiserhöhung beim Verkehrsverbund verantwortlich sein! Weiter nicht verwunderlich, schließlich ist es nicht gerade populär, wenn gerade umweltbewusste Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel schon wieder tiefer in die Tasche greifen sollen. Feinstaub hin oder Feinstaub her!

SPÖ und Grüne versuchen sich mit Anträgen im Landtag zu übertreffen, in denen die Rücknahme der beabsichtigten Preiserhöhung verlangt wird. Eine durchaus lobenswerte Sache, die leider einen großen Schönheitsfehler hat. Auf diesen stößt man, wenn man sich anschaut, wie es überhaupt zu diesem Hinaufschneiden der Preise kommen kann. Schließlich hatte das Land beim Verkehrsverbund immer ein gewichtiges Wort mitzureden.

Aber diese Möglichkeit hat sich der Landtag vor etwas mehr als einem Jahr selbst genommen.

Mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und Grünen wurde ein neuer Vertrag mit dem Verkehrsverbund beschlossen. Genau dieser ermöglichte nun den Verkehrsunternehmungen an der Tarifschraube zu drehen. Seitens der Politik zeigt man sich plötzlich überrascht, dass so etwas nun tatsächlich geschieht. Als ob man keine Ahnung habe, was in dem Vertrag steht, den man selbst beschlossen hat. So sieht eine politische Kindesweglegung aus.

In den nächsten Wochen wird es sich zeigen, wie ernst es vor allem der Landeshauptmannpartei ist, wirklich etwas gegen die Fahrpreiserhöhungen zu unternehmen. Auf eine fehlende Mehrheit im Landtag wird man sich wohl nicht ausreden können.



Schandfleck. Viele Häuser in der Griesgasse sind verwahrlost. Die Eigentümer üben sich in der Grundstücksspekulation und wollen so dem Altstadterhaltungsgesetz entkommen. Durch Verwahrlosung hofft man auf eine Abbruchgenehmigung wie beim Kommod-Haus. Bürgermeister Siegfried Nagl kam ja seinerzeit ins Gerede, als er marode Immobilien in der Nachbarschaft verwerten wollte, die er schließlich verkauft hat.

Gastkommentar

52.000
ARBEITSPLÄTZE FÜR
ÖSTEREICH

Immer knapp vor Wahlen entdecken plötzlich alle Parteien die Ängste und Sorgen der Bevölkerung.

Seit 6. Februar 2005 liegt im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ein Konzept auf, das Österreich jährlich 52.000 neue Arbeitsplätze bringen würde. Arbeitsplätze im ländlichen Nahverkehr, bei gleichzeitiger Einführung von alternativ angetriebenen, schadstofffreien Motoren. Mit der Einführung dieses Nahverkehrssystems, mit kurzen Intervallen und langen Betriebszeiten als Ergänzung zum bestehenden Linienverkehr, könnten die Belastungen der Familien in Zeiten der hohen Treibstoffpreise stark reduziert werden. Die Mobilität am Lande würde gesteigert, Armut reduziert, und Arbeitslose finden vor Ort Arbeit.

Dieses Projekt sollte nach Auskunft von einem Linzer Universitätsprofessor für Volkswirtschaft unbedingt in der Praxis erprobt werden, da sehr wahrscheinlich ist, dass dieses Projekt nur einer Anschubfinanzierung durch den Staat bedarf, und sich wahrscheinlich sehr bald alleine erhalten würde.

Wie schon erwähnt, dieses Projekt liegt ÖVP – FPÖ – BZÖ seit über einem Jahr vor.

Jetzt erteilt uns der Ruf nach Arbeitsplätzen, welche in den Schubladen der Regierung vorhanden sind? Bis jetzt ist es nur die KPÖ, welche verlangt, die Schublade zu öffnen und endlich für das Volk zu arbeiten. An der Zusammensetzung des künftigen Parlamentes wird es liegen, ob weitere Arbeitsplätze verhindert oder geschaffen werden.

Demokratisches Engagement ist jetzt gefragt.

H. Huemer
www.fairezukunft.at



STEIERMARK: ÖFFENTLICHER VERKEHR SOLL
Endlich Maßnahmen für

Die neuen Tarife für den öffentlichen Verkehr (ÖV) sorgten für eine spannende Debatte im Landtag zur Finanzierung des ÖV. Erstmals griff Landeshauptmann Voves den KPÖ-Vorstoß nach einer Nahverkehrsabgabe auf. Die Einführung soll geprüft werden – gegen den Widerstand der ÖVP.

Bim, Bus und Bahn müssen leistbar für alle sein!“ – Diese Forderung stößt allerorts auf offene Ohren. Die Realität sieht anders aus: SPÖ und ÖVP ließen gegen den Willen von KPÖ und Grünen eine Erhöhung der Fahrpreise zu. Zeit- und Mehrfahrtenkarten wurden am 1. Juli um vier Prozent teurer. Die letzte Erhöhung ging im 2005 über die Bühne.

In der letzten Landtagssit-

zung sorgte der öffentlichen Verkehr völlig überraschend für hitzige Debatten. Denn unerwartet vollzog Landeshauptmann Franz Voves einen Schwenk und kann sich nun eine Nahverkehrsabgabe durchaus vorstellen, wie sie die KPÖ schon lange fordert.

BILLIG TANKEN

Nicht nur ein funktionierender öffentlicher Verkehr soll den Pendlern das Leben erleichtern, sondern auch das Öffnen der Landestankstellen, wie es SPÖ und KPÖ fordern. Dort gibt es Diesel um 15 Cent pro Liter günstiger. ÖVP und Grüne sind dagegen. Letztere sehen mehr Umweltbelastung, erstere einen Anschlag auf den freien Markt. Die Idee von SPÖ und KPÖ: Druck auf die Treibstoffkonzerne auszuüben und diese dazu zu bewegen, ihre Preise zu senken. Das zählt für die ÖVP offensichtlich nicht.

„Statt die Tarife immer wieder zu erhöhen, ist eine solide Basisfinanzierung nötig“, pochte KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger wiederholt. Die KPÖ denkt an eine Nahverkehrsabgabe ähnlich der Wiener U-Bahn-Steuer, die von den Betrieben be- rappt werden soll. In Wien zahlt jeder Betrieb seit den 1960er-Jahren pro Dienstnehmer rund drei Euro pro Monat, die KPÖ denkt an drei bis fünf Euro. Kaltenegger: „Das ist sozial gerecht. Ein funktionierender ÖV ist auch ein Standortvorteil für die Unternehmen. Wenn wir diese Diskussion verweigern, wird es weitere Tariferhöhungen geben.“

Dieser Argumentation kann der Landeshauptmann durchaus etwas abgewinnen: Finanzlandesrat Christian Buchmann soll also einige Varianten für eine Nahverkehrsabgabe vorlegen.

Von der Wirtschaft und



Die Zukunft des öffentlichen Verkehrs beschäftigte den Landtag, nachdem der KPÖ-Vorstoß für eine Nahverkehrsabgabe bei allen mehr oder weniger Gehör fand.

BESSER WERDEN

Bus, Bahn, Bim!

der ÖVP kam Widerstand. VP-Landesrat Buchmann: „Wir müssen zuerst den Wirtschaftsstandort sichern und dürfen keine Nachteile für Betriebe schaffen. Neue Abgaben verunsichern Unternehmer, und die sind sehr flexibel in Europa.“ Diese Bedenken zerstreut Kaltenecker: „Wenn die Abgabe in den öffentlichen Verkehr

investiert wird, schafft das wiederum Aufträge für steirische Betriebe und neue Arbeitsplätze.“

Die KPÖ wird nun ein Auge darauf haben, dass die Abgabe von den Unternehmen und Handelskonzernen bezahlt und tatsächlich für den öffentlichen Verkehr verwendet wird.

NAGL-BIG: Kritische Stimmen ausgeschlossen

BIG: So heißt die offizielle „Bürgerinformation Graz“, die aus Steuergeldern bezahlt und an die Haushalte verteilt wird. Man sollte dieses Blatt umbenennen: in Nagl-BIG.

Denn es dient immer mehr der Selbstdarstellung des ÖVP-Bürgermeisters Siegfried N. als einer sachlichen Information.

Kritische Stimmen kommen nicht mehr zur Wort.

Ein besonders krasses Bei-

spiel: Ursprünglich sollten auch die Klubobleute von KPÖ, Grünen und FP ihre Haltung zum Budgetkurs der Stadt im BIG (Mai 2006) darlegen können. KPÖ-Klubobmann Schmalhardt hat seine Stellungnahme abgegeben. Erschienen ist sie nicht. Man findet in dieser Beilage nur mehr das Eigenlob des Bürgermeisters und seines SP-Finanzstadtrates Wolfgang Riedler.

Ob das der Sinn der Sache ist?

BALD KEIN GELD MEHR Wohnbauförderung vor dem Kollaps?

Dem Land droht das Geld für die Wohnbauförderung auszugehen. Die Konsequenz: Weniger Wohnbau, höhere Mieten.

Wenn nicht rasch gegensteuert wird, droht der „Wohnbauförderung in der Steiermark der Kollaps. Das aktuelle Landesbudget trägt zu einer weiteren Verschärfung der Lage bei“, warnt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker.

Hintergrund der Bedenken ist die vor 13 Jahren erfolgte Umstellung der Finanzierung von Landesdarlehen für private Wohnbaukredite. Vor diesem Zeitpunkt erhielten Wohnungswerber direkte Darlehen vom Land, die auch ans Land zurückgezahlt wurden. Seit 1993 erhalten Häusl-

finanziert – letztere gehen nun allerdings an die Geldinstitute. Und im Budget 2006 zieht man unter dem Titel „Auflösung von Gebührrstellungen“ neuerlich Geld aus dem Wohnbauresort ab.

Alarmsignale

Ernest Kaltenecker: „Als Konsequenz aus dieser verfehlten Politik drohen für die Zukunft erhebliche Einschränkungen beim geförderten Wohnungsneubau und bei der Förderung von umfassenden Sanierungen. Werden keine erschwinglichen, geförderten Neubau-

Eine Verschärfung der Probleme droht im sozialen Wohnbau wenn das Land weitermacht wie bisher.



bauer hingegen öffentliche Zuschüsse für einen privaten Bankkredit. Dadurch ist das Land langfristige Verpflichtungen eingegangen, die nun zum Nachteil reichen.

Aktuell betragen die Verpflichtungen des Landes aus der Wohnbauförderung ca. 2,1 Milliarden Euro. Dazu kommen noch 1,8 Milliarden Euro, die wegen des Verkaufs von offenen Darlehen an die Banken gezahlt werden müssen.

Bisher wurde die Wohnbauförderung mit Bundesmitteln und Rückflüssen aus gewährten Darlehen

wohnungen mehr errichtet, folgt daraus unweigerlich eine Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt, die letztendlich für alle zu höheren Mieten führen wird.“

Wie groß die Nachfrage nach Sozialwohnungen ist, erkennt man an der Tatsache, dass es in der Landeshauptstadt Graz mittlerweile mehr als 1.600 vorgemerkte Wohnungssuchende gibt. „Ein Großteil dieser Suchenden hat aus finanziellen Gründen auf dem sogenannten ‚freien Markt‘ keine Chance“, warnt Kaltenecker.

Haken beim Börsengang der Post

Der Börsengang der Post bringt Gewinne auf dem Aktienmarkt, er ist aber mit Personalabbau, Schließung von Postämtern und Verschlechterungen im Service erkaufte worden. Statt mediale Lobeshymnen auf die Privatisierung zu verkünden und von einem Aktienfeuerwerk zu reden, sollte man gerade jetzt auf diese negativen Tatsachen hinweisen.

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder untermauert das mit folgendem Beispiel: Vor kurzem tätigte eine Grazerin eine Geldanweisung über 200 Euro von einem Grazer Postamt in ein anderes Grazer Postamt. Vom Postbeamten wurde die Dame darauf hingewiesen, dass dieses Geld nicht mehr zugestellt und dass auch der Empfänger von der Hinterlegung nicht mehr verständigt wird. Man muss den Empfänger selbst verständigen!

Die Gebühr für diese Anweisung betrug 6,50 Euro, das sind rund 89,00 Schilling. Parteder: „Börsenreif sein heißt also für ein Unternehmen, dass es weniger Leistung anbietet, dadurch auch weniger Bedienstete beschäftigen muss und dass gleichzeitig die Kosten für diese Leistung erhöht werden.“ „Börsenreife“ ist also mit rücksichtslosem Streben nach Gewinnmaximierung gleichzusetzen.

Die steirische KPÖ tritt dagegen für einen starken öffentlichen, gemeinnützigen Sektor ein. Dazu gehört eine leistungsfähige Post im staatlichen Eigentum, die nicht der Profitmaximierung, sondern einer hochstehenden Versorgung der Bevölkerung verpflichtet ist.

WIE DAS GELD VERPULVERT WURDE....

Rechnungshof prangert



Stv. KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann: „SPÖ und ÖVP haben uns die Budgetmisere eingebrockt. Das zeigt auch der Bericht des Stadtrechnungshofes.“

Kosten über Kosten verursachen nicht nur die Vereinigten Bühnen

NEUE EU-BRIEFKÄSTEN

Gericht blamiert Regierung

Hausbesitzer müssen Kosten für die Umstellung nicht tragen, weil diese nicht den Bewohnern, sondern nur den Zustell-Unternehmen etwas bringt.

Als eine gewaltige Blamage der EU-hörigen Regierung und als Erfolg der Proteste der Bevölkerung wertet man bei der Grazer KPÖ den Entscheid des Verfassungsgerichtshofes in Sachen Hausbriefkästen. Demnach ist es verfassungswidrig, die Kosten für die Umstellung auf die neuen EU-Briefkästen auf die Hauseigentümer umzuwälzen. Vorläufig dürfen die alten Hausbriefkästen der Post hängen bleiben.

Die Grazer Wohnungstadträtin Elke Kahr: „In Graz haben an die tausend

Menschen mit ihrer Unterschrift gegen die EU-Briefkästen protestiert. Ich bin fest davon überzeugt, dass auch diese Aktion zu diesem Erfolg beigetragen hat.“ Hintergrund für die Aktion „Hausbriefkästen“ der Regierung war, dass die vom Europäischen Parlament und Rat beschlossene Liberalisierung der Postdienste auch in Österreich umgesetzt wird. Die EU lässt den Mitgliedstaaten aber Zeit bis 2009, um eine rechtskonforme Umstellung durchzuführen. Österreichs schwarz-blau-orange Regie-

rung wollte sich im Interesse privater Konzerne als Muster-schüler zeigen und schon vorzeitig die Umstellung erwirken, damit private Zustellunternehmen schneller ein gutes Geschäft machen können. Mit dem Beschluss des Verfassungsgerichts ist die Bundesregierung ordentlich auf die Nase gefallen.

Zustelldienste sollen Kosten tragen

Elke Kahr: „Ich meine, dass die Kosten der Umstellung diejenigen tragen sollen, die davon profitieren wollen. Also die Werbeindustrie und die privaten, meist internationalen Zustell- bzw. Postdienste.“ Das wird nun passieren.

AUCH STADTRECHNUNGSHOF KRITISIERT BUDGETPOLITIK

Großmannsucht der Stadt an

Die KPÖ hatte mit ihren Warnungen vor der Budgetmisere Recht. Das neue „Eckwert-Budget“ wird zu keiner Budget-Sanierung führen, geht aus dem Prüfbericht des Stadtrechnungshofes über die Stadtfinanzen hervor.

Seit 1998 verschlechterte sich die Einnahmen- und Ausgabensituation kontinuierlich, 2002 kam die Stadt erstmals in die roten Zahlen und bis 2006 erhöhen sich diese fortlaufend. Was sind die Ursachen?

Man hat sehr viel Geld für Prestigeprojekte ausgegeben: Stadthalle, Listhalle, Murinsel, Kunsthaus, Literaturhaus, Dom im Berg u.a. bescheren der Stadt auch in Zukunft sehr hohe Folgekosten. Viel Geld rinnt in die Fachhochschulen und Kompetenzzentren – die Kosten dafür haben sich seit 1998 verdreifacht (6 Mio. Euro).

Der Bund, der für die Finanzierung der Unis zuständig ist, hat sich von der Finanzierung der Fachhochschulen weitgehend verabschiedet.

Zwischen 1998 und 2003 gab es Gesamtinvestitionen in Höhe von 300 Mio. Euro und zusätzlich Investitionen in Form von Leasing von 100 Mio. Euro. Daraus entsteht eine jährliche Zins- und Tilgungsbelastung von 21 Mio. Euro.

Die Sanierung von städtischen Gebäuden belastet durch ständig steigende Leasingausgaben das Budget (1998: 3,7 Mio., 2006: 10,8

Mio.). Einen riesigen Kostenfaktor machen auch die Theater der Stadt aus (1998: 10 Mio., 2006: 16 Mio.). Verdoppelt haben sich die Ausgaben für den Verkehrsverbund – auch hier hat sich der Bund immer mehr zurückgezogen (1998: 7 Mio., 2006: 12 Mio.).

Alles in allem machen die Nachfolgekosten verschiedener Projekte ca. 44 Millionen Euro jährlich aus.

Beim Sozialamt stiegen im Berichtszeitraum die Kosten um 68,6% – immer mehr Menschen in Graz sind auf Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen.

Es gibt einen Einbruch bei den Ertragsanteilen – seit fünf Jahren stagnieren bzw. sinken die Einnahmen der Städte und Gemeinden – 2006 gibt es bis zu 20%

niedrigere Auszahlungen durch den Bund. Dazu kommen die Auswirkungen der Steuerreform 2005 durch die Steuergeschenke an Unternehmen zu Lasten von weniger Einnahmen durch die Kommunalsteuer. Insgesamt haben die Städte und Gemeinden seit 2001 unterm Strich ein Minus von 9% durch den Finanzausgleich bei steigenden Belastungen zu verkraften.

Der Stadtrechnungshof stellt fest, dass ohne eine wesentliche Mithilfe von Bund und Land, sowie ohne eine Einschränkung bei den großen Folgekosten nur durch bloße Optimierungsmaßnahmen (wie durch das Eckwertbudget) eine Sanierung des Budgets nicht möglich sei. Das Dilemma geht also in die Verlängerung.



WACHZIMMER WIENERSTRASSE

Hilfe für Polizei

KPÖ leitete gemeinsamen Vorstoß für mehr Personal für unterbesetztes Wachzimmer Wienerstraße ein.

Seit der Polizeireform mit 1. Juli 2005 wurde das Polizei-Personal in der steirischen Landeshauptstadt um mehr als 200 Personen verringert. Besonders dramatisch ist die Personalentwicklung am Wachzimmer Wienerstraße, das seit der Schließung des Wachzimmers in Gratkorn der letzte Exekutivposten in nördlicher Richtung ist. Neue Wohnsiedlungen, Gewerbebetriebe, der Baumarkt sowie der GAK-Trainingplatz locken mehr Menschen in diesen Stadtteil als früher. Darüber hinaus befahren täg-

lich mehr als 30.000 Pendler die Wiener Straße, um zu ihrem Arbeitsplatz in Graz zu gelangen.

Im ersten Halbjahr 2005 war das Personal des Wachzimmers mit über 500 Gerichtsdelikten konfrontiert, Tendenz steigend. Die Diskothek Bollwerk trägt mit mehreren hundert Delikten maßgeblich zu dieser Problematik bei, der Jugendschutz kommt so unter die Räder.

Im Wachzimmer sind zwar 36 Dienstposten vorgesehen, tatsächlich ist die Mehrheit davon aber aufgrund des Personalmanagements nicht verfügbar. Auf Initiative von KPÖ-Gemeinderat Georg Fuchs machte sich der Gemeinderat nun für mehr Personal stark.

Der Zentralverband der Pensionisten Graz

lädt zum **gemütlichen Donnerstagtreffen** ein!
Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen.

Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr
im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus
in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

ELEKTROSMOG DURCH HANDY & CO

„Niemand kennt die Gefahr“

Fast jeder nutzt das Handy, aber keiner weiß wirklich, wie sich die Strahlung auswirkt. Neue, unabhängige Studie gefordert.

Praktisch, lästig, gefährlich, nicht wegzudenken, entbehrlich – die Meinungen zum Handy sind vielfältig. Viel eindeutiger hingegen ist die öffentliche Meinung zur Strahlung, die von Handys und Handymasten ausgeht – da haben die Steirer fast durchwegs Bedenken. Nun nimmt sich Umweltschützerin Ute Pöllinger dieses Problemfeldes an. „Mobilfunk im Spannungsfeld zwischen Kommerz, Gesundheit und demokratischer Kultur“ nannte sich jene Diskussionsveranstaltung, zu der Pöllinger unlängst geladen hat. Massen folgten ihrem Aufruf und strömten ins Kapfenberger Haus der Begegnung. Der Tenor der Veranstaltung: Die Sorge um Gesundheits-

schäden durch die elektromagnetische Strahlung ist groß. Nun drängt Pöllinger auf neue und unabhängige Untersuchungen, wie sich die Strahlung langfristig auf die Menschen auswirkt. Außerdem sollen die Anrainer ein Mitspracherecht bei Handymasten bekommen.

1600 Lungenröntgen

Ausschlag gebend dafür waren nicht zuletzt die Stellungnahmen des Salzburger Umweltmediziners Gerd Oberfeld: „Die Strahlungsbelastung des menschlichen Körpers bei 24 Stunden Einsatz von Handy oder Mobiltelefon entspricht etwa der Belastung von 1600 Lungenröntgen.“ Bei diesen wird bekanntlich

eine Bleischürze als Schutz verwendet.

Harald Gerstgrasser, Physiklehrer am BORG Bad Aussee und mehrfacher Preisträger für Mobilfunk-Projekte, meinte: „Eltern wissen gar nicht, welches Instrument

ihren Kindern da in die Hand gegeben wurde. Es wird nach dem Motto agiert, jeder verwendet es und keiner weiß, wie es funktioniert.“ Aus diesen Gründen stemmt sich der Ausseer Bürgermeister Otto Marl gegen Handymasten auf öffentlichem Gemeindegrund: „Niemand kennt die Gefahren wirklich. Deshalb ist Vorsicht angebracht.“



Viele warnen vor der hochfrequenten Strahlung von Handys und von tragbaren Schnurlos-Telefonen – vor allem bei Kindern.

„FÜR WAREN- UND GELDSPENDEN DANKBAR“

Vinzimarkt: Einkaufen mit wenig Geld

Die zwei Filialen des Vinzimarcktes bieten Artikel zu sehr günstigen Preisen für alle Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen.

Der Vinzimarkt hat sich inzwischen einen Namen in Graz gemacht. Eben erst konnte Heidi Anderhuber die 2000ste Kundin begrüßen: „Frau Meyer pflegt zu Hause ihren Mann und kommt einmal die Woche zum Einkaufen zu uns“, so die Marktleiterin, die ihrer Jubiläumskundschaft einen 100-Euro-Gutschein überreicht hat.

Einkaufen im Vinzimarkt bedeutet einkaufen zu ei-

nem Preis, der maximal 30 Prozent des Normalwertes im Supermarkt ausmacht. In den Regalen stehen Waren, die bisher weggeworfen wurden, obwohl sie noch in Ordnung sind. Nur Alkoholisches findet sich nicht im Vinzimarkt.

Obwohl das Warenangebot gut sortiert ist, könnte es noch umfangreicher sein, meint Anderhuber: „Die Warenbeschaffung ist nach wie vor schwierig. Wir sind für jede Hilfe in Form von Waren- und Geldspenden dankbar. Zum Glück gibt es immer mehr kleine Firmen oder auch Bauern, die uns Eier oder Obst zur Verfügung stellen. Diese Produkte sind vielleicht nicht ganz

perfekt, aber von unseren Kunden werden sie dankbar angenommen.“ Nicht zuletzt das gratis abgegebene Brot sei für die Besucher des Vinzimarcktes eine große Erleichterung.

Wer im Vinzimarkt ein-

kaufen möchte, braucht einen Ausweis. Der ist an eine Einkommensgrenze gebunden. Eine Person darf demnach pro Monat nicht mehr als 750 Euro, zwei Personen nicht mehr als 1.100 Euro verdienen. Pro Kind erhöht sich der Betrag um 100 Euro. Pro Woche darf man um 25 Euro einkaufen.

Der Vinzimarkt ermöglicht nicht nur leibliche Genüsse für einkommensschwache Personen, sondern auch kulturelle. Der neue Kulturpass, mit dem sich viele Kulturangebote – darunter die Oper, das Schauspielhaus oder das Filmfestival Diagonale – kostenlos nutzen lassen, wird rasch und ohne Aufwand ausgestellt.

VINZIMÄRKTE:

In Graz gibt es zwei Filialen des Vinzimarcktes. Die Öffnungszeiten:

Rochelgasse 15:
Mo bis Mi, Fr, Sa: 9 bis 13 Uhr
Do: 14 bis 18 Uhr
Herrgottwiesgasse 51: In der Nähe der Triestersiedlung.
Di, Mi: 14 bis 18 Uhr
Do: 9 bis 13 Uhr

Stadtmuseum: Kurzzeit-Utopien

Gastbeitrag von Bernd Schmidt

Neue Besen kehren gut, heißt es. Ob sie auch immer das Wesentliche wegkehren und das Wichtige dabei übriglassen, ist der eigentlich springende Punkt. Nur neu zu sein und alles, was vorher war, als mies abzuurteilen allein, ist auf Dauer jedenfalls zu wenig.

Das gilt auch für das Grazer Stadtmuseum, das früher zwar immer wieder seiner nachweisbaren Qualität wegen im Gespräch war, jetzt indes mehr und mehr im Gerede ist. Zwar befindet es sich seit fast einem Jahr unter neuer Leitung, seine Pforten tat das Museum indes erst kürzlich und nach mehrmonatiger Schließung zur ersten von eben dieser neuen Leitung programmierten Ausstellung wieder auf. Gezeigt wird (bis 17. September 2006) unter dem Titel „Die Totale – Das Gemäldedepot des stadtmuseumgraz“ ein Sammelsurium, das Aufschluss geben soll über die durchaus unterschiedliche Sammel-, Ankauf- und Auffangtätigkeit (bei diversen Nachlässen und Stiftungen) des Instituts auf dem Gebiet der Malerei seit Beginn seines Bestehens im Jahr 1928.

Otto Hochreiter, der neue Direktor, verweist bei jeder Gelegenheit auf die angeblich fehlende Inventarisierung des Museumsbestandes und nahm diesen Umstand zum Anlass, das Haus über Monate zu schließen. Erstaunlich mutet in diesem Zusammenhang an, dass sein Vorgänger, Dr. Gerhard M. Dienes, den Ausstellungsbetrieb sogar während der nicht eben unkomplizierten Umbau- und Renovierungsphase vor Jahren weitgehend aufrecht erhalten hatte können.

Zurück zur „Totale“. Otto Hochreiter begründet im Katalogvorwort die gewählte Präsentationsform, die vom Arbeitsaufwand allein kaum die lange Schließung des Hauses rechtfertigen hätte können, als „vom aktuellen nichtrepräsentativen Zustand des Kunstdepots“ diktiert. Programmatisch kündigt er an selber Stelle auch noch an, das Institut, das „zwar

das historische Museum der Stadt“ sei, wolle in Zukunft „aber in der Form der Präsentation der Geschichte einer radikalen Zeitgenossenschaft verpflichtet sein“. Es sehe „Gestaltung als wesentlichen Teil der Vermittlungsarbeit“.

So wirklich ganz neu hört sich das zwar nicht an, wurde doch auch in der Vor-Hochreiter-Zeit durchaus Originelles „gestaltet“; aber als Worthülse verfügt es naturgemäß über (kurzzeitigen) Klang.



Das einzigartige Apothekenmuseum ist ein Teil des Stadtmuseums

Hochreiter und die Kulturpolitik

Warum sich die zuständige Politik trotz bisher zumindest erstaunlichen Aktionen – wie etwa dem Abverkauf von Kunstwerken und historischen Urkunden auf zwei „Flohmärkten“, dem versuchten Verschern alter Möbel und einer seltsamen „Entrümpelung“ – so vehement hinter Hochreiter stellt? Sind es nebulöse Verweise auf angeblich vor seiner Amtszeit verschluderte Kunstwerke, die das Vertrauen derart festigen? Welche Veränderungen gibt es hier?

Die Haltung der Kulturpolitik mag nicht zuletzt darin begründet sein, dass Kultur

sowohl beim Ressortchef auf Stadtebene zur Zeit von Hochreiters Installation, Christian Buchmann, als auch bei dessen Nachfolger, Werner Miedl, nicht von Haus aus zu den Kernkompetenzen zählt. Die Umwandlung des Hauses in der Sackstraße in eine neue Rechts- und Organisationsform, nämlich in eine GmbH (allerdings im hundertprozentigen Eigentum der Stadt Graz, Anm.), war den politisch Verantwortlichen zumindest gleich wichtig wie die inhaltliche Ausrichtung; ob es sich dabei nun um tiefgehende Neudeutungen oder effekthaschende Kurzzeit-Utopien handeln mochte.

Wie Otto Hochreiter über-

bekam, oder ob ihn bloß der damalige Stadtrat Buchmann unbedingt auf diesem Posten haben wollte, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wo bleibt die Stadtgeschichte?

Der Ruf nach mehr Grazer Stadtgeschichte und damit nach stärkeren Stadtbezügen, wie er nunmehr, von verschiedenen Seiten übrigens, erschallt und immer lauter wird, erscheint berechtigt, auch wenn – zugegeben – längst noch nicht alle selbstgemachten Vorgaben und gegebenen Versprechen des neuen Direktors eingelöst sein können. Und der Ruf wirkt umso verständlicher, als gerade diesem Aspekt unter den Hochreiter-Vorgängern, besonders unter dem unmittelbar vor ihm wirkenden Dr. Gerhard Dienes, stets spezielles Augenmerk galt, was sich in der Attraktivität vieler Ausstellungen zeigte, die durch Mediensuspruch wie Zuschauerzahlen belegt ist.

Das eine neue Leitung eigene, oft auch hochtrabende Ideen verwirklichen will und das, was vorher war, daher als weniger wichtig abtut, mag verständlich sein. Doch große Ankündigungen oder der – erfreulicherweise nur zu geringem Teil geglückte, immerhin indes versuchte – Aus- und Abverkauf von subjektiv als wenig wertvoll erachteten Kunst- und Kulturgütern allein wiegt noch kein stringentes Museumskonzept aus. Wobei bereits im Vorfeld die Frage zu klären gewesen wäre, ob die zu „Flohmarkt“-Objekten degradierten Dinge überhaupt verkäuflich seien. Man hätte sich auf diese Weise peinliche Rückholaktionen erspart.

Der Grazer Schriftsteller und Kulturjournalist Prof. Bernd Schmidt, hat jahrelang im Grazer Stadtmuseum mitgearbeitet und kennt daher das Haus, die handelnden Personen und manches Kuriosum im Umfeld.

haupt zum Stadtmuseum kam? Hierin darf wohl das bisherige „Meisterstück“ des umtriebigen Innsbruckers erblickt werden: Als von der Stadt beauftragter gestrenger Prüfer des Stadtmuseums oblag es ihm, nicht nur zu evaluieren, sondern er erstellte auch das Anforderungsprofil des neu zu berufenden Museumsleiters; und das entsprach, gleich erstaunlich wie haarscharf, seiner eigenen Person. Ob der Ausstellungsgestalter (Hauptgebiet: Fotografie) und vormalige Mitarbeiter des glücklosen Ex-Intendanten der Volksoper Wien, Dominique Mentha, während der Evaluierung des Stadtmuseums Graz Appetit auf die Direktorenstelle hierorts



SCHLOSS EGGENBERG. Mit dem (kostenlosen) Familienpass des Landes geht's gratis in den Schlosspark. Dort gibt es einen tollen Kinderspielfeld, im Schloss ist seit kurzem die Alte Galerie des Joanneums daheim. Eggenberger Allee 90, Di bis So: 10 – 18 Uhr. E: 6,-; K: 2,50; F: 12,-



RUINE GÖSTING. Hoch über Graz liegen die Reste der stolzen Burg, die zuletzt als Pulverlager der Stadt erhalten musste, bis ein Blitzschlag samt Explosion die Anlage zur Ruine machte. Berühmt ist der Jungfernsprung. Die Burgtaverne ist Di bis So von 10 bis 18 Uhr geöffnet.



BÄRENSCHÜTZKLAMM. Die Wandertour beginnt bei Mixnitz und führt über mehr als 140 Leitern, Brücken und Holzstege die Schlucht hinauf zum Guten Hirten. Unterwegs warten bizarre Felsen und tosende Wasserfälle. E: 3,-; K: 1,50

SEHENSWERTES GRAZ

Abwechslung für die

Wozu im Sommer in die Ferne schweifen, wenn Graz und Umgebung sehr viel Schönes bieten. Wir entführen Sie zu sehenswerten Zielen – auch für die kleine Brieftasche.

Für alle, die im Sommer daheim bleiben, gibt es keinen Grund zur Traurigkeit. Denn gerade Graz und seine Umgebung bergen viel Schönheit: spannende Museen und Sammlungen, wunderbare Natur, ereignisreiche Orte. Wir haben eine kleine Auswahl getroffen – Ziele, die auch mit einer kleinen Brieftasche besucht werden können. Sollte der Eintritt tatsächlich etwas teurer sein, planen Sie einfach mehr Zeit für den Besuch – dann rentiert sich die Sache schon viel mehr. Abgesehen von diesen ausgewählten Tipps haben wir noch ein paar kurze Vorschläge parat:

Für Geschichtsfans: Die Geschichte der Straßenbahn bewahrt das Tramway-Museum bei der Mariatroster Endstation. Die Straßenbahn-Oldies rücken außerdem zu Sonderfahrten aus – nicht nur in Vollmond-Nächten.

Für Kinder: Das Grazer Kindermuseum lädt Kinder ab 4 zum Erforschen des eigenen Körpers ein. In Pichlers Puppenmuseum in der Hartiggasse dreht sich alles um pseudomenschliches Leben im Miniaturformat.

Für Kulturinteressierte: Das Volkskundemuseum beim Paulustor führt die Besucher zurück zu den Wurzeln des Steirischen. Ein Höhepunkt ist der Trachtensaal.

Für Naturfreunde: Die Rettenbachklamm ist ein Natur-Kleinod in Mariagrün. Die Wege und Steige entlang des Rettenbaches sind für Jung und Alt gleichermaßen gut zu bewältigen.

Für Beschauliche: Der neue Garten vor der Orangerie ist ein Prunkstück in Graz. In idyllischer Ruhe kann man sich davon überzeugen, was sich mit 85.000 Euro alles machen lässt.



DOM UND MAUSOLEUM. Ferdinand II. erkor Graz zu seiner Lieblingsstadt. Unter seiner Regentschaft wurde der Stadt mit Burg, Dom und Mausoleum die Krone aufgesetzt. Vom Turm des letzteren hat man eine tolle Aussicht auf die Oberstadt. E: 5,-; K: 3,50

ganze Familie



STERNWARTE STEINBERG. Sternderl Schauen ist am Steinberg bei Graz angesagt. Die Kuppel mit dem eindrucksvollen Teleskop in der Johannes Kepler Volkssternwarte ist freitags bei wolkenlosem Wetter um 21 Uhr für Besucher geöffnet. E: 4,50; K: 3,-



ALPENGARTEN RANNACH. Nach 50 Jahren intensiver Betreuung wurde der wunderbare Garten im Herbst 2005 dem Joanneum entrissen. Das Natur-Kleinod im Norden bei Graz lockt dennoch mit heimischer Blütenpracht, ein Gasthof mit Speis und Trank.



LURGROTTE. Standhaft trotz die größte Tropfsteinhöhle des Landes dem Bergbau ringsum. Von Peggau aus geht es zum Prinz oder sogar bis zum Blocksberg, von Semriach aus zum Großen Dom. Geöffnet täglich von 9 (Semriach 10) bis 16 Uhr; E: 5,50; K: 3,50

Foto: Graz Tourismus



STIFT REIN. Im ältesten Zisterzienserklöster der Welt hat man heuer gleich zwei Ausstellungen auf die Beine gestellt: „Kalender von 1373 bis 2006“ (Führung täglich um 10.30) und „Mönche als Baumeister“ (Führung um 13.30) stehen am Programm. E: 6,-; K: 2,50



FREILICHTMUSEUM STÜBING. 100 originale Bauernhöfe aus ganz Österreich sind im lieblichen Seitental der Mur aufgebaut; darunter Mühlen, Greißlereien und eine alte Schule. Regelmäßige Aktionstage. Di – So: 10 – 17; E: 7,50; K: 4,-

Foto: Graz Tourismus



JAKOMINI



Obere Bahnstraße – Durchzugsstraße?

Die BewohnerInnen der Oberen Bahnstraße sind über die geplante Verbindungsstraße hin zur Conrad-von-Hötzendorfstraße bzw. zum Schönauergürtel überhaupt nicht glücklich. Im Zuge der Verbauung des ehemaligen Sportclub-Platzes soll laut Verkehrsplanung rund um das Gebiet eine neue Straße erschlossen werden. „Warum man die Zufahrt zu den geplanten Tiefgaragen unbedingt auf der Rückseite des Gebietes bauen muss und nicht direkt von der C.-v.-Hötzendorfstraße, ergibt für mich keinen Sinn. Es sei denn, die neu geplante Straße dient nicht nur der Zufahrt, sondern auch als Durchzugsstraße“, meint Bezirksvorsteher Stv. Herbert Wippel von der KPÖ-Jakomini. Dass die Obere Bahnstraße als eine schöne und ruhige Wohnstraße erhalten bleibt, dafür setzten sich auch zahlreiche Anrainer ein, die bei der letzten Bezirksratssitzung am 20.

Juni ihre Einwendungen gegen das Bauvorhaben und vor allem gegen das Verkehrskonzept mit ihrer Unterschrift deponierten.

Hochhäuser in Jakomini

Neben dem Hochhaus am Hafnerriegel soll es, geht es nach der Stadtplanung, weitere Hochhäuser entlang der Conrad-von-Hötzendorfstraße und der Fröhlichgasse geben. Um das zu erreichen, ist man dort auch bereit, die Bebauungsdichte über das derzeitige Höchstmaß hinaufzusetzen. „Die Verkehrs-, Lärm-, und Luftsituation in diesem Gebiet ist schon lange an der Grenze der Erträglichkeit“, sagt KP-Mandatar Herbert Wippel und fragt: „Glaubt man in der Stadtplanung denn tatsächlich, mit der Errichtung von Großprojekten – Hochhäusern für Medienkonzerne, Tanklagern und ähnlichem – die Luftgüte sanieren und die Verkehrslage verbessern zu können?“

WALTENDORF



Gehsteig für den Moelkweg zugesagt

Seit mehreren Wochen sorgt ein Linksabbiegeverbot von der Waltendorfer Hauptstraße in den Moelkweg für Unmut. Einige Bewohner des Ernst-Moser-Wegs müssen nun große Umwege zu ihren Wohnungen fahren.

Der Maßnahme waren lange Gespräche zwischen den zuständigen Stellen der Stadt Graz und dem Bezirksrat vorausgegangen, die unter anderem zum Ziel hatten, die Bewohner des stellenweise sehr engen Moelkwegs, der über keinen Gehsteig verfügt, vor einer Gefähr-

dung durch den stark zunehmenden Pendlerverkehr zu schützen. Die zuständigen Stellen in der Stadt setzten sich aber über alle Vorschläge des Bezirksrates hinweg und verfügten die derzeitige unglückliche Lösung.

Der Bezirksrat hat nun den einstimmigen Beschluss gefasst, die Stadt

aufzufordern, die Maßnahme wieder zurückzunehmen. Die Stadt Graz sagte den Bewohnern die Errichtung eines Gehsteiges zu. „Damit wäre die Gefährdung für Fußgänger eingedämmt und es würde eine Entschärfung der Situation bringen.“, meint Gemeinderat Georg Fuchs.

GÖSTING

Bezirksamt nicht schließen!

Im Rathaus zu Graz denkt Bürgermeister Siegfried Nagl laut über die Schließung von Bezirksämtern nach und will das Bezirksamt Gösting zusperren. Vor allem ältere Mitbürger und Eltern mit Kindern wären die Hauptleidtragenden dieser Maßnahme.

„Die Bevölkerung von Gösting und Umgebung

will den Fortbestand des Bezirksamtes oder einer gleichwertigen Servicestelle in Gösting sichern und sammelt Unterschriften gegen die drohende Schließung“, berichtet Bezirksvorsteher Stv. Gerhard Strohrriegel und verspricht: „Die KPÖ wird im Bezirk und in der



Stadt Graz diese Initiative mit aller Kraft weiter unterstützen, vor allem, da ja auch die Familienberatung des Sozialamts und die Bibliothek in Gösting in Gefahr sind, geschlossen zu werden.“

LEND

Schlaglochfreie Fahrt durch die Zeilergasse

Bereits im Jahr 2004 brachte Bezirksvorsteher Stv. Christian Carli (KPÖ) einen Antrag auf Sanie-

rung der Zeilergasse ein. Der Grund: zahlreiche Schlaglöcher. Vor allem bei Radfahrern sind mitt-

lerweile Zirkus-akrobatische Fähigkeiten gefragt, um alle Schlaglöcher zu umfahren.

Dabei setzen sie sich einer großen Unfallgefahr aus, vor allem, weil sich nicht alle Autofahrer an die vorgeschriebene 30-km/h-Beschränkung halten. Jetzt soll die Zeilergasse noch in diesem Jahr neu asphaltiert werden. „Endlich ist es soweit“, freut sich BV-Stv. Carli.



mieter **NOTRUF**
71 71 08

KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

GEIDORF



Gehsteig statt Stolpersteig

Auch die Fußgänger in der Körösisstraße können endlich aufatmen: Der Gehsteig von der Rottalgasse bis zur Carnerigasse wird in diesen Tagen generalsaniert. „Vor einem Jahr haben wir beim Bezirksrat einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Es beruhigt mich, dass diese Gefahrenquelle für Fußgänger nunmehr beseitigt ist“, meint KPÖ-Bezirksrätin Grete Skedelj. Vor allem für die Bewohner des angrenzenden Seniorenzentrums bedeutet die Gehsteigsanierung eine große Erleichterung.

ANDRITZ



Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten...

...diese Weisheit ist nicht neu und im Rahmen der geplanten Bebauung am Leberackerweg für die Anrainer zudem eine böse Überraschung. Denn im ursprünglichen Bebauungsplan war noch von einer Fußgänger- und

Radfahrverbindung die Rede, aus der nun plötzlich eine 12 m breite Straße werden soll.

In einer Informationsveranstaltung im Mai haben 160 Personen mit ihrer Unterschrift gegen

LIEBENAU

diese zusätzlich Nord-Süd-Verbindung mitten durch das Wohngebiet protestiert und fordern vielmehr, dass die zukünftige Wohnbebauung (Kazianschutz-Gründe) mit Sackstraßen erschlossen werden soll.

INNERE STADT

Sackstraße: Illegaler Taxiplatz

Teile der Sackstraße werden oft bis spät in die Nacht als illegale Taxi-Standplätze missbraucht. Das ist regelmäßig bei Veranstaltungen so, die im Dom im Berg stattfinden. „Die Belästigung der Anrainer ist groß“, kritisiert BV-Stv. Franz Stephan Parteder. Selbst Kontrollen der Polizei haben bisher keine Abhilfe geschaffen.



mehr Möglichkeiten, ohne Konsumzwang einmal auszurasen“. Gastgärten, Firmenwerbung und auch die neuen Metall-Behälter der Gratis-Tageszeitungen dehnen sich aus oder sind auf einmal da. „Werbung und Konsum dominieren alles“, stellt Parteder mit großem Bedauern fest.

Stadtpark-Gipfel

Der Stadtpark-Gipfel im Rathaus fand unter Teilnahme von AnrainerInnen und Vertretern des Bezirksrates in einer sachlichen Atmosphäre statt. Neben dem Thema Sicherheit gab es folgende

Anliegen: Sportmöglichkeiten für Jugendliche, mehr Papierkörbe, bessere Beleuchtung. Die Arbeit der städtischen Bediensteten, die täglich den Stadtpark ansehnlich machen, fand große Würdigung.

PUNTIGAM

Die geplante Errichtung der Kovac-Halle in der Zeppelinstraße hat eine Bürgerinitiative auf den Plan gerufen, die sich für mehr Lebensqualität in Puntigam einsetzt. Nach jüngsten Informationen gibt es nun Hoffnung für die Anrainer: Angeblich

Sachprogramm Grazer Bäche

Am 20. Juni fand im Gasthaus Franz in Andritz eine Öffentliche Bezirksversammlung zum Thema „Sachprogramm Grazer Bäche“ statt. Vorgestellt wurden einige Hochwasserschutzmaßnahmen wie jene am Gabriachbach, die im Laufe der nächsten Jahre realisiert werden sollen. Rund 150 Besucher aus dem Bezirk, der von der Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr besonders stark betroffen war, fanden sich ein und verfolgten die Informationsveranstaltung mit großem Interesse.

„Aber etliche Bewohner wussten nichts davon, denn die Ankündigung im A4-Format wurde auf Grund von Sparmaßnahmen der Stadt Graz von der Firma ‚Hurtig und Flink‘ gemeinsam mit Werbematerial und Gratiszeitungen und nicht – wie

angesichts der Brisanz des Themas geboten – durch die Post in die Briefkästen verteilt“, stößt Gemeinderätin Gerti Schloffer sauer auf. Ein weiterer Kritikpunkt: Als weiterer Programmpunkt für den Abend war die „Entgegennahme von bezirksbezogenen Wünschen, Anliegen und Beschwerden“ vorgesehen.

Dazu gab es aber kaum mehr die Möglichkeit. Einige Bewohner konnten zwar bei Bezirksvorsteher Obenaus Zettel mit ihren Anliegen deponieren, zur Beantwortung fehlte an diesem Abend aber einfach die Zeit. „Wenn ein so komplexes Sachprogramm auf der Tagesordnung steht, sollte kein zusätzlicher Programmpunkt aufgenommen, sondern dafür ein eigener Termin anberaumt werden“, so GR Gerti Schloffer (KPÖ).

Gastgarten am Hauptplatz

Am 13. Juli findet die Verhandlung über den neuen Sacher-Gastgarten am Hauptplatz statt. Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder nimmt das zum Anlass, um darauf hinzuweisen, dass der öffentliche Raum in der Innenstadt immer weiter zurückgedrängt wird: „Man hat kaum

Hoffnung für die Zeppelinstraße

finden Gespräche zwischen der Fa. Kovac und der Stadt Graz statt, die auf einen Grundstückstausch abzielen. Der Grund für die Aufregung ist, dass der Flächenwidmungsplan dort „Industrie- und Gewerbegebiet“ direkt neben „Allgemeinem Wohn-

gebiet“ ausweist. „Falls es tatsächlich zu einem Tausch kommt, wird sich die KPÖ auf jeden Fall für eine Umwidmung dieser Fläche in reines Wohngebiet aussprechen“, versichert Roswitha Koch, Bezirksvorsteher-Stellvertreterin in Puntigam.



60 Jahre – aber immer jung Kinderland feiert Geburtstag

Die Ferienaktion von Kinderland, der Kärntner Turnersee, das Ferienheim St. Radegund, die vielen Tage und Abende in den dutzenden Kindergruppen sind im ganzen Land ein Begriff.

Zuschüssen von Krankenkassen, Gemeinden, Betrieben und Betriebsräten geholfen hatte, um möglichst vielen Kindern einen schönen und auch notwendigen Ferienaufenthalt zu sichern, wurde von Jahr zu Jahr weniger. Zu-

gleich wurde es schwieriger, freiwillige MitarbeiterInnen zu finden. Nicht zuletzt stiegen sowohl die behördlichen Anforderungen und persönlichen Bedürfnisse an Infrastruktur und Ausstattung der Ferienheime. All das brachte

zusätzliche Kosten, wodurch die Elternbeiträge für viele Familien schwerer finanzierbar wurden.

Eine gewaltige Anstrengung unternahm Kinderland damals mit dem Bau des Feriendorfes am Turnersee. Zuvor waren die Quartiere auf verschiedene Bauernhöfe verteilt, manche weit vom See entfernt. Jedes Jahr arbeiten dutzende Freiwillige an Reparatur und Modernisierung des Dorfes. Im letzten Winter waren besonders schmerzvolle Schäden entstanden, die nur dank einer erfolgreichen Spendenaktion bewältigt werden konnten.

Dieser Tage feiert Kinderland seinen 60. Geburtstag. In ganz Österreich war Kinderland in den späten 1940er-Jahren eine bedeutende Eltern-Organisation. Das Gemeinschaftserlebnis der Kinder war intensiv und vielfältig, die Ferienheime in ganz Österreich waren stets voll, zahlreiche Zeltlager und internationaler Austausch ergänzten das Ferienangebot.



Das Kinderland-Feriendorf am Sablatnigsee/Turnersee in Kärnten: Angeboten werden heuer **Wanderwochen** mit dem geprüften Wanderführer Jürgen Roßoll. Weiters gibt es in der **HipHop Woche** Grundkenntnisse über Geschichte und typische Eigenheiten des Hip Hop zu erfahren – mit Beate Senekowitsch. Zuletzt eine **Gitarren-/Musikwoche** mit dem Lehrer und Liedermacher Rudi Burda. Info und Anmeldung: Kinderland Steiermark: Tel. 0316/829070, www.kinderland-steiermark.at

Für ihren Einsatz ist der alten Generation von Kinderland zu danken. Heute setzen viele junge Menschen dieses Werk fort. Den einen sagen wir zum 60. Geburtstag von Kinderland Dank, den anderen wünschen wir viel Erfolg für ihre wertvolle Arbeit. *Hubert Schmiedbauer*

SCHREIBWETTBEWERB Literatur ohne Grenze

Mehr als 2000 Kinder und Jugendliche nahmen am Literaturwettbewerb „Literatur ohne Grenzen“ des perplex-Verlages teil.

Ich schreibe in meiner Freizeit eigentlich alles“, sagt Melitta Winkler, die strahlende Siegerin der österreichischen Teilnehmer zwischen 15 und 19 Jahren. Die Kärntnerin, die über eine Schul-Literaturgruppe auf den Literaturwettbewerb des Grazer perplex-Verlages gestoßen ist, war heuer bereits zum zweiten Mal dabei.

Seit 1998 ruft der Grazer perplex-Verlag Kinder und Jugendliche aus ganz Europa jährlich dazu auf, Texte zu einem bestimmten The-

ma zu verfassen. Insgesamt entdeckten so schon über 8000 junge Autorinnen und Autoren ihre literarische Kreativität. Eine Jury wählt die besten Teilnehmer jedes Landes, die nicht nur Buchpreise erhalten, sondern deren Texte auch in Form einer Anthologie herausgegeben werden.

Das diesjährige Thema „Hoffnung“ inspirierte 2000 Kinder und Jugendliche, die Zukunft als eine Zeit ohne Grenzen und ohne Krieg zu sehen.

Gemeindewohnungen: Vinzenz Muchitsch Block im neuen Glanz



16 neue Wohnungen mit einer Gesamtnutzfläche von 718 m² werden an die neuen BewohnerInnen übergeben. Die städtischen Wohnhäuser Vinzenz-Muchitsch-Straße 25 und 27 wurden mit Förderungsmitteln des Landes Steiermark umfassend saniert und mit Personenaufzügen ausgestattet. Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr. „Ich freue mich, dass das von meinem Vorgänger Ernest Kaltenegger begonnene Sanierungsprogramm in der Triestersiedlung zügig voranschreitet und wünsche den künftigen Mieterinnen und Mietern alles Gute in ihren neuen Wohnungen.“

EU-Pensionisten kassieren ab

Die Ausgaben für die Pensionen der EU-Beamten sprengen alle bisher bekannten Vorstellungen. Derzeit kassiert ein EU-Pensionär im Schnitt 5.509 (!) Euro im Monat. Allein von 1999 bis 2005 stiegen die Kosten damit von 283 auf 491,5 Millionen Euro – ein Plus von stolzen 75 Prozent.

Gleichzeitig nahm die Zahl der EU-Ruheständler um die Hälfte zu – auf rund 7.500 ehemalige EU-Beamte. Allein von Januar 2004 bis Juni 2006 wurden zudem 29 EU-Spitzenbeamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Sie bekommen sechs Monate lang ihr Amtsgehalt weiter gezahlt, danach bis zu

fünf Jahre lang 70 Prozent – im Durchschnitt knapp 10.400 Euro. Dabei beträgt der Eigenbeitrag der EU-Beamten zu ihren Pensionen lediglich 9,25 Prozent ihres Grundgehaltes, somit nur ein Drittel der langfristigen Finanzierung des Versorgungssystems. Steuerzahlern in der EU sind damit bereits jetzt

Verbindlichkeiten über 22,8 Milliarden Euro für zukünftige EU-Rentner entstanden.

Durch eine Sonderregelung konnten im Zuge der EU-Erweiterung 2004 Beamte auch schon mit 50 Jahren bei vollen Bezügen in Pension gehen. Hinzu kommen enorme Steuerprivilegien für die EU-Beamten. Diese Privilegien haben System: Genau jene Beamten, welche EU-weit Kürzungen und die Zerschlagung des Pensionssystems und des Sozialstaates vorantreiben, werden bevorzugt behandelt.



Rund 500 Demonstranten mit Fahnen, Transparenten und Trillerpfeifen zogen am letzten Gipfeltag vom Grazer Hauptbahnhof zum Landhaus. „Eine gerechte Welt ist möglich, nehmt eure Verantwortung wahr“, „Ökologie statt Wettbewerb“ oder „EU - nein danke“, war auf den Transparenten zu lesen. Zu dieser Demo aufgerufen hatte das Aktionsbündnis Solidarität, dem unter anderem die Grünen, die KPÖ und die Eisenbahnergewerkschaft angehören.

Eurofighter - Nein danke

Die Finanzierung des Eurofighter-Deals durch die Republik Österreich liegt in den Händen der BAWAG-PSK. Das passt zusammen: Die Abfangjäger sind sündteuer, der Kaufvertrag ist dubios und die Bevölkerung muss zahlen.

Das alles ergibt nur dann einen Sinn, wenn man weiß, dass die Eurofighter am Standort Zeltweg genau in das Konzept der Euro-Armee passen. Deshalb sagen wir weiterhin Nein zu den Eurofightern.



Peter Scherz ist der Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks (KPÖ-Fraktion) in der steirischen Arbeiterkammer. Er kritisierte schon vor Jahren die undurchsichtigen Finanzen des ÖGB.

KOMMENTAR



Franz Stephan Parteder,
steirischer KPÖ
Vorsitzender

EU hat ihren Kredit verloren

Der österreichische EU-Vorsitz ist zu Ende – und Österreich ist froh darüber, wenn man eine Gallup-Unfrage interpretiert. 53 Prozent der Befragten glauben nicht daran, dass der rot-weiß-rote Vorsitz „maßgeblich dazu beiträgt, gegenwärtige Probleme in der EU zu lösen“. Dabei haben sich Regierung und EU-Bürokratie große Mühe gegeben und ein großes Spektakel abgezogen – auf unsere Kosten. In diesen 6 Monaten werden etwa 80 Millionen Euro aus Steuergeldern ausgegeben, damit EU-Kommissare und Minister freundlich in Kameras lächeln können.

Die Inhalte des Grazer Treffens hatten es jedenfalls in sich: Die Forschungsausgaben für Atomenergie werden in den kommenden Jahren verdreifacht! Und bei der unsozialen Dienstleistungsrichtlinie haben sich die EU-Oberen in Graz darauf verständigt, einen angeblichen Kompromiss nun im Eilverfahren über die Bühne zu bringen. Mit dieser EU-Richtlinie wird einer rigorosen Liberalisierung aller Dienstleistungsbereiche freie Bahn verschafft. Das ist verbunden mit der Gefahr einer beschleunigten Abwärts spirale im Lohn- und Sozialabbau, bei Umwelt- und Verbraucherschutz.

Die EU hat sich auch in der Steiermark nicht von ihrer besten Seite gezeigt. Kein Wunder, dass die Umfragewerte in den Keller gehen.

KLEINANZEIGEN

Wohnung gesucht

Alleinerziehende Mutter mit 6-jährigem Kind sucht ab August Mietwohnung im Süden von Graz (St. Peter, Raaba, Liebenau, Hart bei Graz) wegen Schulbeginn des Kindes. 2 Zimmer, möglichst mit Garten oder Balkon und provisionsfrei. Telefon 0316/67 64 65, ab 19.00 Uhr

Ab Mitte August 2006: suche preisgünstige Mietwohnung, 2 oder 3 Zimmer bis ca. 60 m², möglichst Nähe Grazer Schauspielhaus. Tel.: 0699/11 79 87 30

Berufstätige Familie, 2 Kinder, sucht 3-Zimmerwohnung mit Balkon, höchstens teilmöbliert, im nördlichen Teil von Graz. Anrufe bitte unter 0664/9384360

zu vergeben

Verschenke neuwertigen Bügeltisch an Selbstabholer. Tel. 32 87 73 (abends)

Gesucht

Gebrauchte Computer und Drucker für bedürftige Menschen gesucht. Tel. 0664/ 1209 700.

Arbeit

40jähriger PC-Systembetreuer, Grafiker und Layouter sucht Arbeit in Raum Graz. Tel. 0650/ 5934 550.



SABA

Spachtelmeister Ruckerberggürtel 10/1, 8010 Graz Tel. 0664/790 07 18

Roter Freitag: Veranstaltungsreihe der KPÖ Graz – Infos unter 0316/ 877 21 53.



Sonntag 9. Juli, 11.30 Uhr
Bluesbrunch mit
„The Mysterious Bluesmen“

beim Steffelbauer: „Er kocht – wir spielen“

Bereits zum dritten Mal machen die „Mysterious Bluesmen“ aus Graz und der Steffelbauer gemeinsame Sache, und wieder wird es zur Zubereitung eines Spanferkels in gewohnter Steffelbauer-Manier kommen, während das Bluestrio um den Gitarristen und Sänger Christian Masser für den musikalischen Genuss sorgen wird, der Überraschungsgast sei noch nicht verraten.

Bei Schönwetter findet die Veranstaltung im Freien statt. Eintritt für das Konzert: 8 Euro, Kinder frei. Gutes Essen, gute Musik, wunderschöne Landschaft, ein idealer Familienausflug – auffi auf die Alm!



Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe Harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

KPÖ BILDUNGSVEREIN STEIERMARK

sucht Organisationsreferentin / - referenten

Wir erwarten:

- Erfahrungen mit Vorbereitung von Veranstaltungen und Seminaren
- EDV-Kenntnisse (Büro-Software, E-Mail, Aktualisierung der Homepage)
- Politisches Interesse und hohe Einsatzbereitschaft

Wir bieten:

- Interessante Tätigkeit, gutes Arbeitsklima
- Bewerbungen per E-Mail an ernest.kaltenegger@stmk.gv.at

Sommerbetreuung für Kinder von 5 bis 12 Jahren

Spezielle Workshoptage mit KünstlerInnen, BiologInnen, TechnikerInnen, SportlerInnen... – genaues Programm im Juni unter: www.projekt-ok.de.be

vom 10. Juli bis 11. August 2006
Mo. bis Fr. von 8.00 bis 17.00 Uhr

in Graz Wetzelsdorf: Ganze Wochen oder einzelne Tage buchbar.

Kosten: 90 Euro pro Woche / 21 Euro pro Tag (inkl. Mittagessen), Geschwisterermäßigung

Information und Anmeldung:

Kinderbetreuungsverein „OK – Ort für Kinder“ 8052 Graz, Krottendorferstraße 91 Verena Luttenberger, Tel: 0316 / 28 63 41 – abends, E-Mail: kurt.luttenberger@aon.at

TOSCANA
Ferien am Monte Amiata
Dei Venti/Seggiano
ein unvergleichbarer Ort der Besinnung der Gesinnung in der Natur mit der Natur
Vermietungen: www.amiata.de
Tel./Fax 0039-0564-950852
mobil 0039-338-1539818

RAT UND HILFE IN MIETEN-FRAGEN

Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

Das Lied der Arbeiter auf der ganzen Welt, die jetzt entlassen werden!

Der Streik ist wild – normal sind die Profite Aussperrung stets gerecht, auch teure Miete Lohnforderungen immer asozial, sie schmälern den Profit der „Bosse“, wie fatal. Den, der da schafft, den nennt man Arbeitnehmer, obwohl er seine Arbeit ständig „gibt“. Der, der sie nimmt, den heißt man Arbeitgeber, seht Ihr, wie man mit den Worten schon betrügt? Die „Herren“ tun, als brauchet Ihr sie eben, als ober der Kauf der Arbeitskraft normal. Sie sind es, die Euch brauchen, von Euch leben und diese Wirtschaft nennen sie sozial. Gib acht, „Prolet“, sie nennen Dich jetzt Partner. Solange wie die Wirtschaft gut floriert, den Tritt bekommst Du später, in der Krise, dann merkst Du, dass Du wieder angeschmiert. Gar freundlich tun die Bosse, denn sie wissen nur so gelingt es Ihnen, wie Du siehst, dass Du malochst, nicht merkst, wie Du beschissen, bis Du wieder auf der Straße liegst. Also Freiheit für wen? Arbeiter, Millionär?

Gustav Hierzer, Graz

Treffen des GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) Graz

Diskussion über aktuelle Fragen (ÖGB-BAWAG, Bericht aus der steirischen AK)

Dienstag, 11. Juli, 17.00 Uhr, Karl-Drews-Klub, Lagergasse 98a, Graz

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen



geben statt nehmen



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

Schaltergebühr

Im letzten Stadtblatt las ich, dass von der Energie Graz eine Schaltergebühr für Barzahlungen eingehoben wird. Vor Jahren haben die Banken uns gelockt, ein Girokonto zu eröffnen – alle Kontobewegungen wären dann gratis. Später zahlte man für jede Zeile.

Ohne Girokonto geht heute nichts mehr. Alle wollen vom Konto abbuchen, Barzahlung gilt immer öfter als „Mehraufwand“. Ich denke, es müsste doch ein Grundrecht jedes Menschen in Österreich sein, Rechnungen bar und ohne zusätzliche Kosten begleichen zu können – besonders für Ärmere. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen, dass das Recht, bar und ohne zusätzliche Kosten einzahlen zu können, erhalten bleibt!

Franz Pacher

Ende der Bibliotheken

Das Resultat einer Reform der Stadtbüchereien ist eine erste Reduzierung um die Filialen

Weißenhofgasse, Rudolfstraße und Straßgangerstraße; Andritz und Gösting sollen als nächste aufgelassen werden. Was bleibt, ist die Zentrale im Zanklhof, die Zweigstellen Sparbersbachgasse und Hasnerplatz und eine neu zu errichtende Filiale FH Joanneum anstatt der Zweigstelle Vinzenzgasse und vielleicht irgendwann in Zukunft eine neue Filiale irgendwo im Süden.

Die Schließung wird von Kulturstadtrat Werner Miedl gegen den Willen von 10.000 Unterschriften der Leser und Bürger der Stadt durchgesetzt. Die Forderung bleibt: Die Filialen der Büchereien dürfen nicht geschlossen werden.

Horst Weinzettl

Problem Jobsuche

Aufgrund massiver Wirbelsäulenprobleme musste ich 2002 meine Arbeit in der Metallindustrie aufgeben. Ich wurde als 50% behindert eingestuft. Eine Umschulung zum Netzwerktechniker gab mir neue

Hoffnung, wieder eine Anstellung zu bekommen. Die Ausbildung habe ich im Oktober 2004 abgeschlossen. Nun begann ich intensiv mit der Arbeitssuche.

Viele Bewerbungsgespräche verliefen anfangs positiv, bis ich meine Behinderung erwähnte. Meistens geben Firmen bei einer Absage keine Gründe an, aber es ist offensichtlich meine Behinderung, die abschreckt. Mein einschneidendstes Erlebnis hatte ich bei einer telefonischen Anfrage bezüglich eines Stellenangebots bei den Grazer Stadtwerken, wo man mir schon am Telefon sagte, das ich mit Behinderung keine Chance hätte. Ohne abzuklären, um welche Art von Behinderung es sich handelt oder meine Unterlagen gesehen zu haben, erteilte man mir eine Absage.

Sehr wichtig wäre es, Firmen besser über behinderte Arbeitnehmer zu informieren: Z.B. können Förderungen die Einstellung von Behinderten attraktiv für einen Betrieb machen.

Oliver Krois Yves

Lärm am Tummelplatz

Unlängst gab es in meiner Kulturhauptstadt Graz wieder einmal ein großes Event am Tummelplatz. Das waren

neun Stunden organisierter, stumpfsinniger und gesundheitsschädlicher Lärm, vor dem es in meiner Wohnung in der Salzamtsgasse kein Entkommen gab. Die Fensterscheiben und mein Trommelfell zitterten.

Einige Grazer Innenstadtwirte haben beschlossen, ihre Beislund Spelunken auf den Tummelplatz zu verlegen, da ist ja die Luft viel besser. Man macht ein Event: Rock, Tanzmusik, tausende Watt Verstärkung, und natürlich eine Genehmigung vom Magistrat.

Als Musiker habe ich nichts gegen Rockmusik, gegen Veranstaltungen am Tummelplatz, gegen internationalen Besuch von La Strada oder gegen meine steirischen Kollegen aus der Volksmusik, die müssen ja nicht ihre Unfähigkeit hinter 1000-Watt-Lärmverstärkung verstecken, aber ich wehre mich gegen die Überlassung meines Tummelplatzes an geldgierige, rücksichtslose Geschäftemacher, die mich dafür geistig, seelisch und körperlich über neun Stunden lang schädigen.

Der Tummelplatz soll nicht mehr für laut verstärkte Musik zugelassen werden.

Heimo Puschnigg, Musiker

Ferientelefon: 82 90 70

FERIEN - EXTRAS

HipHop-Woche
12.8.-19.8.



Feriedorf am Turnersee
in Südkärnten



Wander-Wochen
Musik- & Gitarre-Wochen
22.7.-29.7.
12.8.-19.8.



SOMMER
2006

FERIENBÜRO GRAZ
0316/829070
www.kinderland-steiermark.at

SPRECHTAGE

des Zentralverbandes
der Pensionisten

Montag bis Freitag
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

um Voranmeldung wird gebeten.

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

60 Jahre



Steiermark

Ferien mit
Kinderland

www.kinderland-steiermark.at

STEUERGELD FÜR BALLZAUBER

Teurer Profifußball

Dank der Haftung über insgesamt 2,4 Millionen Euro durch das Land Steiermark dürfen Sturm und GAK weiter in der Bundesliga mitmachen. Wir fragen unsere Leserinnen und Leser, ob das Verwenden von Steuergeld für den Profifußball sinnvoll ist.



Es ist also vollbracht: Sowohl Sturm als auch der GAK haben eine Lizenz bekommen. Möglich machte das das Land Steiermark, das am 4. Juli die Haftung für je 1,2 Millionen Euro übernehmen wird. Sollte einer der beiden oder gar beide Vereine massive Finanzprobleme bekommen, dann wird die öffentliche Hand zur Kasse gebeten. Dennoch zögerte Sportlandesrat Manfred Wegscheider nicht. Es handle sich um eine Hilfestellung für die Klubs, die nun allerdings ihre Hausaufgaben machen müssen, so der Sportlandesrat.

Das Geld für die besagte Haftung besteht aus 1,7 Mio. Euro, die für den Bau eines Sturm-Trainingszentrums reserviert waren, und aus dem budgetierten Fördergeld für Nachwuchs- und Spitzen-

sport der Jahre 2006 - 2010 für die beiden Klubs. Alles zusammen öffentliche Mittel, womit sich die Frage stellt, wie und ob die öffentliche Hand den Spitzenverdienern bei Sturm und GAK unter die Arme greifen soll.

Kleingehalt 5000 Euro

Tatsache ist, dass beide Klubs schon seit Jahren mit Steuergeld unterstützt werden, um damit in letzter Konsequenz Spieler und Betreuer fürstlich zu entlohnen. Der Ex-Sturm-Coach Michael Petrovic etwa soll rund 5000 Euro pro Monat aufs Konto bekommen haben – und gehörte damit nicht zu den Spitzenverdienern in Schwarz-Weiß oder Rot.

Wie großzügig allein das Land Steiermark ist, zeigte sich 2002. Als Folge der

damaligen Fußball-Euphorie beschloss der Landtag, Sturm und GAK jährlich mit 726.000 Euro unter die Arme zu greifen. Das Geld sollte dem Fußballnachwuchs zu Gute kommen – in Form von Fußball-Akademien mit Sportanlagen, Fitness- und Regenerationsräumen und einer Tages- und Lernbetreuung für begnadete heimische Ballkünstler.

Dennoch müssen die Sturm kicker weiter am maroden Trainingsgelände am Messendorfgrund Dribbeln üben. Der GAK hingegen verfügt über ein schönes Trainingszentrum im Norden von Graz. Für die 7-Millionen-Euro-Anlage zog der damalige „Oberteufel“ Rudi Roth nochmals öffentliche Mittel an Land: Zwei Drittel der Summe waren Steuer-

geld. Großzügig zeigte sich die Stadt Graz beim „Zurückkaufen“ der Gruabn um 1,4 Millionen Euro.

Das soll kein Aufruf gegen den Profifußball sein, der vielen Menschen Freude bereitet. Andererseits: Würde er so viel Freude bereiten, wären die Stadien immer voll. Und die Teams hätten allein dadurch mehr Geld.

Jedenfalls befürwortet eine Mehrheit der Steirer diese Finanzzusage des Landes nicht, so der KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker, „Sturm und GAK haben einzelne Spielern eine höhere Monatsgage gezahlt als das Jahresbudget mancher Amateurvereine ausmacht.“ Die 2,4 Millionen Euro wären bei der Sportförderung für Kinder und Jugendliche viel besser angelegt.

Umfrage steirischer Profifußball:

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie! Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Wie sollen Spitzenfußballklubs finanziert werden? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Höhere Eintrittspreise
- 2.) Besseres Management, etwa niedrigere Gehälter für Profikicker
- 3.) Öffentliche Gelder als Förderung

Weitere Vorschläge und Meinungen

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/XL)



An das

**GRAZER
Stadtblatt**

c/o KPÖ-Klub
im Grazer Rathaus
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08



Diego Maradona, großer Fußballstar vergangener Tage, geht es nach einer schweren Lebenskrise und einer Kur in Kuba wieder besser. Er drückt seinen argentinischen „Gauchos“ in Deutschland die Daumen.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenecker, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 oder email: stadtblatt@kpoee-graz.at